

Rassistische und antirassistische Proteste in Deutschland seit 1990: Ein Überblick über Praktiken, Interaktionen und gesellschaftliche Einbindungen

Maik Fielitz, Enno Schwanke

In der Folge der Wiedervereinigung spitzten sich rassistische Proteste und rassistische Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland zu.¹ Die politischen und sozialen Transformationen der Wendezeit bedingten nicht nur ein Wiedererstarken nationalistic Ressentiments insgesamt, sondern richteten sich besonders in ihrer rassistischen Aufladung gegen jene, die als nichtdeutsch markiert wurden. Dabei wirkte Rassismus auf mehreren gesellschaftlichen Ebenen: im Kontext von struktureller Diskriminierung von oben sowie in Form rassistischer bis hin zu rechtsextremer Organisation von unten, die sich in lokalen Demonstrationen bis hin zu pogromartigen Ausnahmezuständen artikulierte. Obwohl die Intensität der Proteste und die Gewalt in den späten 1990er Jahren abnahmen, blieben rassistische Einstellungen – gepaart mit anderen Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit – in der deutschen Gesellschaft weiterhin stets wahrnehmbar und empirisch nachweisbar (Heitmeyer 2011; Zick et al. 2019).

Während rassistisches Denken kontinuierlich verbreitet blieb, unterlag rassistischer Protest in den letzten Dekaden starken Fluktuationen. Dies liegt auch daran, dass rassistische Protestakteure in Deutschland aufgrund der Geschichte des Nationalsozialismus mit gesellschaftlicher Stigmatisierung konfrontiert waren und daher selten eine Massenbasis aufbauen konnten. Dies änderte sich mit dem Aufkommen politisch erfolgreicher rechtspopulistischer Bewegungen wie PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) und den ersten größeren Wahlerfolgen der Partei AfD (Alternative für Deutschland) in den Jahren 2014/15, deren Zulauf insbesondere vor dem Hintergrund politischer Diskursverschiebungen in den Bereichen nationale Identität, Islam und Zuwanderung zu verstehen ist (Funke 2016).

1 Dieser Beitrag wurde 2022 fertiggestellt und kann etwaige Entwicklungen und Forschung der Folgejahre daher nicht berücksichtigen.

Der Erfolg rassistischer Mobilisierung in den 2010er Jahren begünstigte zugleich eine Revitalisierung antirassistischer Netzwerke sowie die Formierung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich öffentlichkeitswirksam gegen Rassismus und für eine solidarische Willkommenskultur einsetzten (Hamann/Karakayalı 2016). 2014/15 war demnach nicht nur ein Wendepunkt hinsichtlich der erhöhten Sichtbarkeit rassistischer Praktiken, sondern auch ein gewichtiges Initialmoment für Formen des antirassistischen Protests, welche teilweise an die antirassistischen und antifaschistischen Bewegungen der Nachwendezeit anknüpften, zugleich aber auch eigene Schwerpunkte setzten. Mit der Anpassung an aktuelle Aktions- und Organisationsformen von Protest sowie mithilfe einer inklusiven Bündnispolitik modernisierten sich antirassistische Proteste grundlegend und stellten sich breitenwirksamer auf.

Dieser Beitrag hat das Ziel, Kontinuitäten und Wandel rassistischer und antirassistischer Proteste im Zeitraum nach 1990 nachzuzeichnen, um sozialwissenschaftliche Erkenntnisse zu Formen und Dynamiken des Protestgeschehens zu systematisieren. Als Metastudie konzipiert, liefert der Beitrag einen Überblick über zentrale Facetten des Protestgeschehens bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Forschungsjunkturen und wandelnder Perspektiven auf das Protestgeschehen. Aus diesem Grund beginnen wir mit einer definitorischen Bestimmung der relevanten Terminologien. Darauf aufbauend werden im nächsten Abschnitt Mobilisierungsmuster rassistischer Proteste der Nachwendezeit typologisiert und relevante Akteure exemplarisch vorgestellt. Der darauffolgende Abschnitt erweitert schließlich die Perspektive um eine schematische Analyse antirassistischer und antifaschistischer Mobilisierung und nimmt deren Transformationen im Kontext staatlicher Interventionen sowie die Interaktionsdynamiken von Protest- und Gegenprotest in den Blick, bevor abschließend eine kurze Zusammenfassung und ein Ausblick formuliert werden.

Rassistische Proteste im wiedervereinigten Deutschland: Eine konzeptionelle Einordnung

Rassismus in Deutschland hat eine lange Geschichte, die bis in die Kolonialzeit zurückreicht und ihren vorläufigen Höhepunkt in der sogenannten Rassenlehre und in der Vernichtungspraxis des Nationalsozialismus fand (Schafft 2004). Als Ideologie, die Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit oder vermeintlichen Herkunft kategorisch abwertet (Miles 1991), ist Rassismus auch ein Ausdruck gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse, die sich im Alltag subtil oder offen niederschlagen und Menschen in verschiedene Wertigkeiten einteilen. Obwohl nach 1945 offen rassistische Kampagnen tabuisiert blieben, lebten die dahinterstehenden Überzeugungen in ihren institutionellen Facetten und kognitiven Einstellungen in

Ost- und Westdeutschland fort (Gomolla et al. 2018). Aufgrund des für organisierte Rassist*innen begrenzten Zugangs zu den meinungsbildenden Foren der Massenmedien fungierte Protest stets als öffentlichkeitswirksames Mittel, um politische Vorstellungen zu artikulieren.

Sprechen wir in diesem Beitrag von *Protest*, so geht es uns in erster Linie um »öffentliche, kollektive Handlungen nicht-staatlicher Träger, die Widerspruch oder Kritik zum Ausdruck bringen und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen bzw. politischen Anliegens verbunden sind« (Rucht/Neidhardt 2001: 537). Der Begriff umfasst damit eine große Bandbreite an Aktionsformen, von klassischen Demonstrationen über Besetzungen und Flashmobs bis hin zu Unterschriftenaktionen und Online-Petitionen. Protest als Indiz für und Reaktion auf gesellschaftlichen Wandel wird getragen von sozialen Bewegungen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, aber auch von politischen Parteien und/oder digitalen Communitys.

Generell wird zwischen konventionellen, disruptiven und gewaltsamen Formen des Protests unterschieden (Tarrow 2011: 99). Während bestimmte Forderungen besser durch friedliche Mittel wie Unterschriftenlisten oder Menschenketten in die Breite wirken, stellen Besetzungen, Blockaden oder Bürgerwehren inszenierte Formen des zivilen Ungehorsams dar, mit denen symbolisch Grenzen markiert werden. Gewalt im Kontext von Protesten entzündet sich zumeist an Interaktionen mit Sicherheitsbehörden und/oder politischen Gegner*innen (della Porta 1995). Kontrovers diskutiert wird, ob bloße Gewalt schon als eine Artikulation von Protest verstanden werden kann, gerade wenn sie sich als Hassgewalt gegen marginalisierte Gruppen richtet (Butterwegge 1994). Für die Zwecke dieser Studie berücksichtigen wir Akte der Gewalt als eine Form des Protests, wenn sie in öffentliches Bewegungshandeln strategisch eingebunden sind. Damit exkludieren wir klandestine Gewaltgruppen sowie subkulturelle Gewaltexzesse. Es liegt aber auf der Hand, dass diese Trennung nur konzeptioneller Natur ist.

Rassistische Proteste zeichnen sich trotz ihrer Heterogenität in Form und Trägerschaft durch einen gemeinsamen thematischen Kern aus: Sie berufen sich auf die Vision einer ethnokulturell homogenen Nation und fordern die gesellschaftliche Bevorzugung von Gruppen, die als einheimisch angesehen werden. Dieser nativistische Grundkonsens (Mudde 2007) wird mehr oder weniger offen mit rassistischen Stereotypen verknüpft, mit dem Ziel der Abwertung und Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen; auch und vor allem in Abgrenzung zu grundgesetzlich verbrieften Gleichheitspostulaten. Rassistische Proteste reagieren einerseits auf Verschiebungen im politischen Diskurs, indem sie an aufkommende Stereotype andocken und versuchen, sie zu radikalisieren (Koopmans/Olzak 2004; Giugni et al. 2005). Andererseits setzen sie eigene Themen und grenzen sich vom politischen Mainstream ab, indem sie Proteste als Gegenöffentlichkeit inszenieren. Um politische Stigmatisierung zu vermeiden, sind rassistische Protestakteure jedoch darauf angewiesen, ihre Rhetorik anzupassen.

Im Zentrum der Argumentation rassistischer Protestakteure steht gegenwärtig der Aufruf zum Schutz der eigenen nationalen Identität, die durch äußere Einflüsse unterminiert werde oder kulturell in Auflösung begriffen sei. Der klassische biologistische Rassismus, der die Überlegenheit der eigenen Gruppe aufgrund unveränderlicher körperlicher Merkmale postuliert, wird somit um eine kulturelle Lesart ergänzt. Dieser kulturalistische Rassismus versteht Kultur als ein unveränderliches gesellschaftliches Fundament, das Individuen und Gruppen a priori Eigenschaften qua Herkunft zuweist (Balibar 2002: 22). Somit sind ethnisch motivierte Abwertungsmuster nicht von kulturellen zu trennen. Die rassistischen Kampagnen gegen eine vermeintliche »Islamisierung« und »Überfremdung« sind deutlicher Ausdruck davon.

Was Rassismus und *Rechtsextremismus* verbindet, ist eine Dominanzkultur, die davon ausgeht, dass eine strukturelle Diskriminierung von Minderheiten aufgrund von Herkunft und vermeintlicher Kultur gerechtfertigt sei (Rommelspacher 1998). Gleichzeitig müssen die Terminologien analytisch getrennt voneinander betrachtet werden, da Rechtsextreme weitere Abwertungsideologeme mit Rassismus ideologisch verbinden. Hans-Gerd Jaschke versteht unter Rechtsextremismus »Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen« (Jaschke 1994: 31). Als politischer Akteur stellt die *extreme Rechte* einen organisierten Zusammenhang von Gruppen, Parteien, Publikationsorganen und Einzelpersonen dar, der demokratische Prinzipien ablehnt und eine Gesellschaftsordnung anstrebt, die sich an dem Primat von Nationalität und/oder »Rasse« ausrichtet (Virchow et al. 2016). Während Rassismus also ein zentraler Teil rechtsextremer Ideologie und Praxis ist, ist er nicht ohne die politische Absicht der Etablierung eines autoritären, antidemokratischen Gesellschaftsideals denkbar (Salzborn 2018).

Mit Blick auf die Strategien der extremen Rechten ist besonders auffällig, wie heterogen, wandelbar und adaptiv die Betätigungsfelder sind. So differenzierten sich über die Jahre viele Zugänge zu rechtsextremer Politik aus, deren Aktivität sich in jugendorientierten Subkulturen, kollektivem Protesthandeln, parteipolitischem Wahlkampf und der Organisation in klandestinen Gewaltgruppen ausdrückte. Da sich diese Formen des Aktivismus schwer von denen anderer Zusammenhänge abgrenzen lassen, entbrannte in den 1990er Jahren eine kritische Diskussion darüber, ob die extreme Rechte als *soziale Bewegung* verstanden werden könne (Butterwegge/Meier 2002; Koopmans/Rucht 1996) – also als ein funktionales Netzwerk von Protestgruppen mit einer gemeinsam ausgebildeten kollektiven Identität (della Porta/Diani 2006; Daphi 2011). Gerade aufgrund der breiten Ausdifferenzierung der Aktionsformen und Organisationzusammenhänge besteht mittlerweile ein Konsens

darüber, dass die extreme Rechte in Deutschland eine soziale Bewegung darstellt (Rucht 2002; Klärner/Kohlstruck 2006; Schedler 2016; Virchow 2017).

Angesichts des hohen Vernetzungsgrades, der anhaltenden Fähigkeit zu Protestmobilisierungen sowie der Verwendung gemeinsamer Symbole und Deutungsangebote müssen verschiedene Manifestationen rechtsextremen Aktivismus – und ihr Einfluss auf die Gesellschaft – daher im Zusammenhang analysiert werden. Proteste integrieren verschiedene Überzeugungen und schaffen Verbindungen zwischen Gruppen, die sich in Teilen unterschiedlich positionieren. Mit dem Aufkommen rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien lassen sich Akteursgruppen daher schwerer trennscharf voneinander unterscheiden. Grenzen zwischen organisiertem Handeln und spontanem Unmut verschwimmen häufig. Im Zuge der Covid-19-Pandemie entstanden zudem Graubereiche, die sich nicht immer entlang klarer politischer Leitbilder einsortieren lassen.

Ein ordnender Überblick über 30 Jahre rassistischen Protesthandelns muss diese Kontingenzen ebenso berücksichtigen wie den sich wandelnden Stellenwert rassistischer Protestphänomene in der Gesellschaft. Denn im Kontext gesamtgesellschaftlicher Sensibilisierungen für rassistische Stereotype ist die diskursive Anschlussfähigkeit ideologischer Versatzstücke des Rassismus erschwert worden. War es in den 1990er Jahren noch Usus, über »fremdenfeindliche« Gewalt gegen »Ausländer« zu schreiben, besteht eine Generation später weitestgehend Konsens darüber, dass solche Akte als *rassistisch* zu benennen sind. »Fremd« oder »Ausländer« sind demnach performativ zu verstehende politische Haltungs- und Handlungskonzepte, die bei Betroffenen rassistischer Gewalt oder Diskriminierung in der Konsequenz zu einer zweiten Ausgrenzung führen. Viele Betroffene besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit, sind hier geboren oder verstehen sich als Teil der deutschen Gesellschaft, die seit der Wiedervereinigung demografisch und kulturell diverser geworden ist und sich zu dieser Form des Pluralismus auch zunehmend bekennt (Foroutan 2019).

Heterogenität rassistischer Protestformen

Rassistische Proteste unterscheiden sich in ihren Anlässen, Organisationsformen und Verläufen. Um ihre Vielfalt abzubilden und analytisch zu systematisieren, unterscheiden wir drei Typen, die angesichts ihrer seriellen Überschneidungen stets in einem engen Zusammenhang gedacht werden müssen: *Erstens* finden wir mit lokalen Protesten einen Typus vor, der als Reaktion auf bestimmte Vorfälle oder konkrete Änderungen im Lebensumfeld entsteht und oft Kampagnencharakter entwickelt. Diese Proteste werden zumeist von Menschen getragen, deren Selbstverständnis tendenziell nicht rassistisch ist und die sich auch nicht gezielt mit rechten Gruppen assoziieren (wollen). Vielmehr treten sie als Initiativen der vielbeschworenen

»besorgten Bürger« auf. *Zweitens* hat sich mit dem Aufkommen rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen ein Feld von Akteuren entwickelt, das mit rassistischen und antimuslimischen Ressentiments Politik macht. Diese Protestgruppen präsentieren sich nach außen hin als Vertreter*innen des Volkes, das gegen eine vermeintliche Elite aufbegehrt. *Drittens* bilden rechtsextreme Strukturen kontinuierlich Ressourcen für rassistische Proteste aus, die oft mit aktuellen Themen und Kampagnen gekoppelt werden. Ihre Aufmärsche sind im Vergleich zu den ersten beiden Protestformen von einer größeren Disziplin und einem markanten Szenehabitus geprägt. Alle drei Formen rassistischer Proteste werden in der Folge gemäß ihren spezifischen Charakteristika und ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft vorgestellt.

Rassistische NIMBY-Proteste

Eine der häufigsten Ausdrucksweisen rassistischer Proteste bilden anlassbezogene Mobilisierungen, die sich gegen Veränderungen im direkten Lebensumfeld organisieren. Hierzu zählt insbesondere die Opposition gegen den Bau von Geflüchtenunterkünften oder Moscheen, deren Situierung in der Nachbarschaft Bedenken um die Einschränkung der Lebensqualität und die Abwertung von Eigentum sowie Angst vor Kriminalität auslöst, die sich wiederum leicht mit rassistischen Stereotypen verbinden lassen (Häusler 2008; Hohage 2013). Diese Proteste richten sich nicht prinzipiell gegen Errungenschaften und Chancen einer offenen Gesellschaft, wehren sich aber gegen Folgen und Veränderungen im unmittelbaren Umfeld. Sie werden daher auch als NIMBY-Proteste (»Not in my Backyard«) bezeichnet. In derartigen Protesten wird eine lokale Identität gegen Lebensänderungen und Einflussnahmen von außen in Stellung gebracht (Eckardt 2019). Die Beschwörung eines Konflikts zwischen Etablierten und »Eindringlingen« adressiert auch Menschen jenseits klarer politischer Überzeugungen.

Roger Karapin stellte fest, dass zwischen 1989 und 1993 lokale Anti-Einwanderungsgruppen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft eine zentrale Rolle in der breiteren Bewegung gegen Zuwanderung spielten (Karapin 2007: 161). Diese von Bürgerinitiativen organisierten – weitestgehend gewaltfreien – Proteste standen lange im Schatten der gewalttätigen Neonaziaktionen und rassistischen Anschläge der 1990er Jahre (Lüdemann 1995). Sie waren jedoch zahlenmäßig durchaus relevant, auf das ganze Land verteilt und vom parteipolitischen Hintergrund der Teilnehmenden her divers. Dank ihrer ideologischen Flexibilität gelang es ihnen, sich in vielen Stadtgesellschaften nachhaltig zu verankern und so auf der lokalen Ebene exkludierende Agenden zu setzen, die langfristig das soziale Zusammenleben beeinflussten. Die sich als Interessengemeinschaften formierenden Initiativen begehren gegen Entscheidungen der lokalen Politik auf und lassen dabei vielfältige Allianzen entstehen: Zum einen politisieren sich Menschen mit wenig aktivistischer Erfahrung durch die unmittelbare Erfahrung gesellschaftlicher Konflikte in

der Nachbarschaft. Zum anderen sehen radikalere Gruppen hier die Möglichkeit, hinter der Fassade von Bürgerinitiativen in die (lokale) Gesellschaft hineinzuwirken (Quent/Schulz 2015).

Diese Melange aus rechten Organisatoren und bürgerlicher Beteiligung wird in der Forschung wiederholt unter dem Stichwort der »unzivilen Gesellschaft« diskutiert (Kopecký 2003; Teune 2008; Glasius 2010; Walter et al. 2015). Dieser Terminus beschreibt ein in der Bevölkerung vorhandenes Potenzial, auch jenseits etablierter Akteure rassistische Ressentiments zu mobilisieren und in den Alltag einzuweben. Treffend stellte Gideon Botsch mit Blick auf rassistische Proteste nach 2015 fest: »Was bei den verschiedenen Protestformationen ans Licht der Öffentlichkeit trat, war die Existenz einer seit über zwei Jahrzehnten gewachsenen Subkultur, eines lebensweltlichen Milieus, das sich als Gegenkultur gegen den demokratischen Verfassungsstaat und die pluralistische Gesellschaft, als ›unzivilisierte Gesellschaft‹ konstituiert und verfestigt hatte« (Botsch 2017: 68). Konkret kommen solche Tendenzen in Bündnissen wie »Fellbach wehrt sich« oder »Cottbus wehrt sich« zum Vorschein.

Immer wieder werden einzelne Lokalkonflikte und tragische Ereignisse außerdem als Fanale einer misslungenen Migrationspolitik kritisiert, worüber sich rassistische Proteste Bahn brechen. So wurde die rheinland-pfälzische Kleinstadt Kandel 2017 Schauplatz regelmäßiger rassistischer Proteste, nachdem dort eine Jugendliche von ihrem afghanischen Ex-Freund mit einem Messer erstochen worden war. Innerhalb kurzer Zeit entwickelte sich aus dem lokalen Konflikt eine überregionale Bewegung, die von Rechtsextremen unterwandert wurde. Der Name der entstandenen Bewegung »Kandel ist überall« soll dabei unterstreichen, dass versucht wird, lokale Vorfälle zu einem permanenten Bedrohungszustand auf nationaler Ebene zu stilisieren (Marcks/Pawelz 2022). Hierzu eignen sich insbesondere Fälle sexualisierter Gewalt, die effektiv mit rassistischen Klischees verbunden werden (Köttig/Sigl 2020). Auffällig am Fall Kandel ist daher, dass Organisationsmodelle wie das »Frauenbündnis Kandel« ganz ähnlich auch in anderen lokalen Kontexten entstanden (Lang/Fobian 2019).

Rechtspopulistische Mobilisierung gegen Islam und Zuwanderung

Aus lokalen Konfliktstrukturen können sich stärker institutionalisierte Zusammenhänge bilden und mit spezifischen Themensetzungen eine gewisse Breitenwirksamkeit entwickeln. Insbesondere nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 entwickelte sich die Ablehnung des Islam zunehmend zu einer zentralen Mobilisierungsressource, um rassistische Ressentiments in Protesthandeln zu übersetzen (Attia et al. 2014). So wurde über das Feindbild Islam das Selbstbild der Mehrheitsgesellschaft als christlich-abendländisch dargestellt, aber auch Protestmotivationen als Opposition gegen »Islamisierung« inszeniert und somit neu moduliert (Shooman 2014; Marzouki/McDonnell 2016). Die Ab-

lehnung des Islam und die permanente Abwertung von Muslim*innen verband unter dem rechtspopulistischen Banner seit den frühen 2000er Jahren konservative, christlich-fundamentalistische und rechtsextreme Milieus (Zúquete 2008). Sie demonstrierten gegen den Bau von Moscheen, gegen Migration aus islamisch geprägten Ländern und den vermeintlichen Einfluss des Islam auf die »nationale Kultur«.

Am deutlichsten lässt sich diese neue Dynamik am Erstarken der sogenannten »Pro-Bewegung« in den 2000er Jahren ablesen (Häusler 2008). Diese agierte vornehmlich in Nordrhein-Westfalen (u.a. als Bürgerbewegung pro Köln schon seit 1996) und breitete sich auf andere Regionen der Bundesrepublik aus. Sie legte ihren Schwerpunkt auf die Opposition gegen den Islam und inszenierte sich – dem Beispiel europäischer Rechtspopulist*innen folgend – als Bürgerbewegung. Intensiviert wurde diese Mobilisierung mit der Sarrazin-Debatte ab 2010, die eine argumentative Grundlage für rassistische und sozialdarwinistische Positionen in Deutschland lieferte (Deutschlandstiftung Integration 2010; Kemper 2014). Mit der populärwissenschaftlichen Untermauerung der Islamisierungsthese, der zufolge eine Zuwanderung von Menschen aus islamisch geprägten Ländern die Abschaffung Deutschlands und den Niedergang des christlichen Abendlandes nach sich ziehe, wurde Sarrazin zum Stichwortgeber von Bewegungen wie PEGIDA (Vorländer et al. 2016).

Die PEGIDA-Demonstrationen ab dem Winter 2014/15 stellten eine neue Dimension rassistischer Protestbewegungen in Deutschland dar. Nie zuvor in der Bundesrepublik schaffte es eine Bewegung über mehrere Jahre hinweg, so viele Menschen für rassistische Zwecke zu mobilisieren und Aufmerksamkeit in den Medien zu erlangen. Während der wöchentliche Turnus zunächst lange Bestand hatte, verringerte sich die Frequenz nach 2016 (Volk 2020; Vüllers/Hellmeier 2021). Bis zu ihrer Auflösung Ende 2024 sind 250 Veranstaltungen unter dem Namen PEGIDA in Dresden durchgeführt worden. Hinzu kommen viele kleinere Proteste von PEGIDA-Ablegern in anderen Städten in Deutschland (etwa in Leipzig: LEGIDA). Unter dem Leitspruch, gegen die Islamisierung vorgehen zu wollen, gewann die Bewegung vor dem Hintergrund islamistischer Anschläge in Paris und Brüssel deutlich an Zulauf (Häusler 2017). Mit den Migrationsbewegungen im Jahr 2015/16 passte die Bewegung ihren Fokus an und entwickelte ein deutlich nativistisches Profil (Virchow 2016; Jäckle/König 2017).

Über digitale Chatgruppen und Facebook-Seiten entstanden im ideologischen Umkreis schließlich weitere Kampagnenorganisationen wie »Merkel muss weg«, »Wir für Deutschland« oder »German Defence League«, die meist nur kurze Zeit existierten. Dies sollte jedoch nicht über die im Zuge der PEGIDA-Mobilisierungen entstandenen Strukturen hinwegtäuschen, die sich über ihre etablierten Alternativmedien zu verschiedenen Anlässen wie den Protesten gegen den UN-Migrationspakt wieder aktivieren ließen (Rone 2022). Die Kontinuität dieser vielschichtigen

Bewegung muss im Kontext des Aufstiegs der AfD gesehen werden, die nicht nur als parlamentarischer Arm rassistischer Mobilisierung verstanden werden kann (Pfahl-Traughber 2019), sondern die als Bewegungspartei auch selbst Proteste organisiert und dabei kampagnenorientiert mit anderen Akteuren zusammenarbeitet (Weißkircher/Berntzen 2019) und rassistische Debatten gesellschaftlich anschlussfähig macht.

Das Protesthandeln der extremen Rechten

Für die politische Praxis der extremen Rechten hat Protest eine besondere Bedeutung. Organisiertes Protesthandeln und inszenierte Märsche spielen eine wichtige Rolle, um Entschlossenheit nach außen und Einheit nach innen zu demonstrieren (Virchow 2007a, 2007b, 2011). Das Auftreten rechtsextremer Gruppierungen ist dabei abhängig von der strategischen und ideologischen Ausrichtung von Protesten und abgestimmt auf die adressierten Zielgruppen. Idealtypisch lassen sich drei Mobilisierungsmuster unterscheiden:

- a) *Anlassbezogene Proteste* beziehen sich auf bestimmte Ereignisse, auf die mit einer politischen Antwort reagiert wird. Sie sind stark situativ und rezeptiv. Hier kommt es darauf an, innerhalb kürzester Zeit Vorkommnisse zu politisieren, vor Ort zu sein und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Auslöser können insbesondere Gewaltereignisse von gesellschaftlichem Interesse sein wie in Chemnitz 2018: Nachdem ein 35-jähriger Anwohner auf einem Stadtfest von zwei irakischen Asylbewerbern mit einem Messer erstochen worden war, mobilisierten rechtsextreme Netzwerke zu tagelangen gewaltsamen Protesten (Frieze et al. 2019). Die Emotionalisierung der Tat und der damit einhergehende Generalverdacht gegen Geflüchtete und Migrant*innen gaben Anlass, den Unmut der Lokalbevölkerung in eine gewünschte politische Richtung zu kanalisieren. Schließlich können Schlüsselerlebnisse wie die rassistischen Aufmärsche in Hoyerswerda ein kollektives Moment schaffen und ganze Generationen rechtsextremer Aktivist*innen prägen (Spangenberg/Kleffner 2016).
- b) *Kampagnenproteste* erfordern im Vergleich mehr Planung und strategische Weitsicht. Kampagnen zeichnen sich durch koordinierte, wenngleich zeitlich begrenzte Aktivitäten aus, die sich in einen überregionalen Kontext fügen und die Mobilisierung nach innen sowie die mediale Inszenierung nach außen stärken sollen. Mit der Skandalisierung von Themen wie Flucht und Asyl sollen die eigenen Positionen überregional sichtbar werden und es soll eine Brücke zu anderen Milieus geschlagen werden. Der »Schneeberger Lichtellauf«, in dessen Kontext 2013 bis zu 2.000 Menschen gegen die Unterbringung von 250 Geflüchteten in der sächsischen Kleinstadt Schneeberg demonstrierten, war ein wichtiger Mobilisierungserfolg der NPD-Kampagne »Nein zum Heim«, mit

der die Partei versuchte, den Unmut über Veränderungen im Lebensumfeld der lokalen Bevölkerung zu instrumentalisieren (Gensing 2016). So entstanden überregionale Netzwerke mit einer dezidiert migrationsfeindlichen und rassistischen Agenda vor allem über soziale Medien, deren Koordinierung durch rechtsextreme Parteien kaschiert wurde (Wichmann/Lamberty 2015).

- c) *Ritualisierte Proteste* sind in regelmäßigen Abständen wiederkehrende Aktionen, die für die eigene Szene einen hohen Symbolgehalt haben. Durch die repetitive Umsetzung entstehen Routinen, die über Aktivistengenerationen hinweg gepflegt werden, was eine kontinuierliche Mobilisierungskraft ausdrücken soll. Hierzu zählen unter anderem die revisionistischen Demonstrationen anlässlich der alliierten Bombardierungen Dresdens und Magdeburgs 1945 sowie Gedenk-märsche an als Märtyrer erklärte Kriegsverbrecher wie Rudolf Heß, die in der Szene »Pflichtveranstaltungen« sind und auch internationale Gäste anziehen. Oft in Verbindung mit kulturellen Events wie Konzerten und Festivals wird auf diesen weithin als Szene-Events konzipierten Protesten Rassismus offen über Motive auf T-Shirts und in Form von Tattoos zur Schau gestellt und kommerzialisiert (Miller-Idriss 2018). Die Beteiligung von Personen und Gruppen, die sich nicht zur rechtsextremen Szene zählen, ist bei diesem Protesttypus im Vergleich zu anlassbezogenen und Kampagnenprotesten gering.

Mit Blick auf die Protestakteure waren Parteien wie die NPD, aber auch Kameradschaften, die stärker in politischen Subkulturen verankert sind, die treibenden Kräfte rechtsextremer Proteste. Mit dem Verbot militanter Parteien wie der Freiheitlich Deutschen Arbeiterpartei (FAP) 1995, die bis dahin rechtsextremen Protest in Deutschland primär artikuliert und gebündelt hatte (Christians 1990), änderte sich auch das Organisationsmodell der extremen Rechten seit den späten 1990er Jahren. Es bildeten sich dezentrale Strukturen und insbesondere ein Netzwerk von Kameradschaften, die über die gemeinsame politische Praxis zusammenfanden und nun eher als soziale Bewegung – geprägt von einer Vielzahl von Organisationen, (Sub-)Kulturen und Taktiken – auftraten (Klärner 2008).

Aus diesen Strukturen heraus bildeten sich Gruppierungen, die durch ihr jugendliches Auftreten und ihre Anleihen bei linken Protestbewegungen die Attraktivität rechtsextremer Positionen steigern konnten. Dazu gehörten vor allem die Autonomen Nationalisten, die als neonazistische Subkultur Mitte der 2000er Jahre aufkamen (Schedler/Häusler 2011; Schlembach 2013). Insbesondere der aktivistische Habitus wurde zu einem Wesensmerkmal Autonomen Nationalisten, die auf Demonstrationen oftmals geschlossen als Schwarzer Block auftraten. Auf ihren Transparenten prangten völkische, antisemitische, rassistische und antikapitalistische Slogans: »Deutsche Intifada – weltweit den Antizionismus vorantreiben«, »Für einen nationalen Sozialismus«, »Nationalismus statt Globalisierung«, »Unser Blöcke sind schwarz, unsere Kinder nicht«. Die Autonomen Nationalisten

blieben innerhalb der extremen Rechten aber ein temporäres und subkulturelles Phänomen, das der Kameradschaftsszene einen modernen Anstrich verlieh.

Nachdem mit dem Nationalen Widerstand Dortmund, der Kameradschaft Aachener Land und dem Freien Netz Süd drei der bundesweit mobilisierungsstärksten Kameradschaftsnetzwerke Anfang der 2010er Jahre verboten wurden, gründeten sich mit den Parteien Die Rechte und Der Dritte Weg neue Parteiorganisationen mit dem Ziel, sich besser vor staatlichen Verboten zu schützen. Von diesen beiden Kaderparteien gingen viele Demonstrationen aus.² Hierzu zählen unter anderem Solidaritätsdemonstrationen für die mittlerweile verstorbene Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck, militante Aufmärsche zum 1. Mai, aber auch internationale Demonstrationen unter dem Motto »Europa erwache«. Wie die NPD (heute: Die Heimat) sind auch diese Parteien stark im rechten Bewegungssektor verankert und eng mit Kampfsport-, Rechtsrock- und Hooligannetzwerken verbunden (Claus 2020).

Ein weiterer Akteur, der in den 2010er Jahren auf der Straße an Bedeutung gewann, war die Identitäre Bewegung (IB) (Bruns et al. 2014). Mit dem Ziel, als Jugendbewegung eine Alternative zu den geschlossenen rechten Szenestrukturen zu bieten, trat die IB an, rechtsextremen Aktivismus stärker über niedrighschwellige Formate aufzuziehen (Speit 2018). Dazu gehörten öffentlichkeitswirksame Besetzungen, Sit-ins, Transparentaktionen und Demonstrationen, die bewusst Assoziationen mit linken Protestbewegungen wecken sollten (Zúquete 2018). Als Teil eines transnationalen Netzwerks machte sich die IB insbesondere die Ideen der Neuen Rechten zu eigen, die einen Kulturkampf und die Erringung kultureller Hegemonie als zentral für politischen Wandel identifizierte (Gessenharter/Pfeiffer 2004). Hierbei spielten die Instrumentalisierung der Medien – insbesondere der sozialen Medien – und das Selbstverständnis als Kommunikationsguerilla eine wichtige Rolle (Kökgiran/Nottbohm 2013). Indem Kampagnen wie das Patrouillieren im Mittelmeer 2017 unter dem Motto »Defend Europe« als Königsdisziplin rassistischer Protestaktionen ausgerufen wurden, orientiert sich das konkrete Handeln stark am Vermarktungspotenzial der eigenen Politikmodelle (Fielitz/Kahl 2021). Aufgrund von zunehmender Repression, Problemen in der Rekrutierung von Nachwuchs und der Verbannung aus diversen sozialen Medien hat die IB zuletzt deutlich an Bedeutung verloren.

Neuere Entwicklungen und Ausblick

Viele der jüngsten rassistischen Protestereignisse und rechtsextremen Gewalthandlungen sind ohne die digitale Sphäre nicht zu verstehen. Mit den sozialen Medien

2 Die Partei Die Rechte löste sich Anfang 2025 offiziell auf; Reste der Partei gingen in der Partei Die Heimat, der Nachfolgepartei der NPD, auf.

erhielten rassistische Akteure nicht nur eine (lang ersehnte) Plattform, über die sie vernetzter auftreten und effektiver mit der (potenziellen) Anhängerschaft kommunizieren können (Törnberg/Wahlström 2017). Wiederholt ließ sich nachvollziehen, wie sich aus Online-Communitys auch politische Protestgruppen auf der Straße formierten. Die meisten der lokalen PEGIDA-Ableger entwickelten sich beispielsweise aus Facebook-Gruppen, wobei die genaue Ausrichtung stark von den Ansichten der Gruppen-Administrator*innen abhängt, was sich auch in anderen politischen Kontexten wie der Gelbwesten-Bewegung in Frankreich gezeigt hat (Breljak/Mühlhoff 2019: 8). Das Vernetzungspotenzial über soziale Netzwerke hat dazu beigetragen, dass sich Proteste schneller und spontaner formieren. Die dahinterstehenden Akteure fühlen sich weniger an Parteien gebunden, sind jedoch von einem Drang nach Taten und Selbstdarstellung getrieben. In diesen Bereich gehört das Aufkommen von rechtsextremen Bürgerwehren (Quent 2016) ebenso wie das loser Verbünde wie »Hooligans gegen Salafisten« – eine Vereinigung verschiedener rechter Hooliengruppierungen, die mit gewaltsamen Protesten 2014 in Köln gegen die vermeintliche Islamisierung mobilisierten.

Die zunehmende Verlagerung politischer Diskurse in digitale Räume sorgt weiterhin für eine größere Reichweite von rassistischen und rechtsextremen Protesten auf der Straße und wirkt auch auf deren Aktionsformen zurück (Fielitz/Thurston 2019). Hierzu zählen spektakuläre Aktionen, die insbesondere auf Resonanz in digitalen Räumen aus sind. So spezialisierte sich die IB auf die Verknüpfung von Aktionen auf der Straße mit einer professionellen Inszenierung über ihre Online-Kanäle, beispielsweise im Falle der Besetzung des Brandenburger Tors 2016 (Sieber 2016). Die horizontale digitale Kommunikation sorgt aber auch für neue organisatorische Dynamiken. Denn oft geben einzelne Influencer*innen den Ton an, die über die Monetarisierung ihrer Posts in sozialen Medien und einen eigenen Merchandise-Vertrieb mit ihren rassistischen Parolen zusätzlich geschäftliche Interessen verbinden (Correctiv 2020). Indem nun viele rassistische Einzelpersonen oder Gruppen mit reichweitenstarken Accounts und eigenen Schwerpunktsetzungen wie zum Beispiel Esoterik oder Verschwörungstheorien zu Protesten aufrufen, werden so auch neue Zielgruppen angesprochen. Dadurch verschiebt sich zugleich die Ausrichtung von Protesten inklusive ihrer Strategien und Deutungsangebote.

Jüngst ließ sich eine Vermischung von rassistischen und verschwörungstheoretischen Ideologien beobachten, die in der Covid-19-Pandemie einen neuen Höhepunkt fanden. Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie waren teils von rassistischen Motiven getragen, wohingegen klassische Akteure der extremen Rechten die Pandemie als eine Gelegenheit sahen, das politische System zu destabilisieren (Kleffner/Meisner 2021). Über digitale Subkulturen, offene und geschlossene Gruppen in sozialen Medien sowie Messengerdienste hat sich ein effektives Ökosystem der antidemokratischen Propaganda ausgebildet, das zu Protesten aufruft und Menschen an eine rechte Weltsicht heranzuführt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass rassistische Proteste in ihren verschiedenen Facetten demokratische Gesellschaften auf verschiedenen Ebenen herausfordern, indem sie zentrale Grundrechte von Minderheiten infrage stellen und den Zusammenhalt durch die Ethnisierung sozialer Konflikte gezielt versuchen zu unterminieren. So ist neben den rassistischen Protesten selbst immer auch deren diskursive Einbettung zu betrachten. Hierbei spielen Medien eine entscheidende Rolle, die mit ihrem Framing zum Erfolg und Scheitern von Protesten beitragen, aber auch Gegenmobilisierungen, die rassistische Proteste nicht unwidersprochen lassen. Nicht zuletzt beeinflusst die Positionierung staatlicher Institutionen und Entscheidungsträger*innen die (Selbst-)Legitimation rassistischer Proteste. So können rassistische Proteste und Gewaltexzesse als radikaler Ausdruck eines gesellschaftlichen Konsenses kommuniziert werden, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei (Jakob 2016), obwohl die Akzeptanz der Vielfalt der Gesellschaft mittlerweile (trotz aller Rückschläge) konsensfähiger ist (El-Mafaalani 2018).

Paradigmen antirassistischer und antifaschistischer Proteste

Rassistische Proteste und rechtsextreme Übergriffe riefen in der bundesdeutschen Geschichte zumeist Gegenmobilisierungen in Form von breiten Bündnissen und direkten Aktionen antifaschistischer Gruppierungen hervor. Neben anlassbezogenem Protesthandeln stand dabei die kontinuierliche Arbeit gegen alltäglichen Rassismus und Rechtsextremismus im Fokus. Dieser präventive Charakter äußerte sich vor allem in der Ausbildung spezifischer Jugendkulturen, die öffentlichkeitswirksam auftraten, bewusst politisch agierten und damit den rechten Subkulturen als Alternativangebote gegenüberstanden. Aus ihnen heraus entwickelte sich oft das Bedürfnis, antirassistische Proteste verstärkt auf die Straße zu tragen, sie breitenwirksamer zu gestalten und sich in der Organisationsform weiter zu professionalisieren. Schon früh zeigte sich dabei, dass Zusammensetzung und Schwerpunktsetzung einzelner (Gegen-)Proteste wesentlich vom Erfolg allgemeiner gesellschaftlicher Stimmungslagen und Kräfteverhältnisse abhängig war.

Anhand sich wandelnder Themen, Akteursgruppen und Taktiken der verschiedenen Kampagnen und Aktionen lassen sich Entwicklungen ablesen, die den Antirassismus und Antifaschismus seit 1990 wesentlich prägten. Dies umfasst sowohl interne Aushandlungs-, Abgrenzungs- und Formierungsprozesse, aber auch Selbstverortungen und -positionierungen gegenüber Staat und Gesellschaft sowie damit einhergehender gesellschaftlicher Akzeptanz und politischer Anschlussfähigkeit antirassistischer und antifaschistischer Protestformen. Die bis dato geringe Beforschung derartiger Proteste ist nicht zuletzt auch Resultat der Heterogenität antirassistischer Protestformen, ihrer Träger*innen und Vergemeinschaftungspraktiken. Es erscheint daher sinnvoll, einen Fokus auf we-

sentliche Initialmomente zu werfen, um Entstehungs- und Wandlungsprozesse antirassistischen Protests nachzuzeichnen. Nachfolgend konzentrieren wir uns daher auf drei zentrale Protestakteure. Trotz etlicher Überschneidungen haben sie jeweils eigene Legitimationsgrundlagen, Handlungsmodalitäten und Schwerpunkte für ihre Arbeit gegen Rassismus entwickelt. Sie illustrieren zugleich die Breite und Vielfalt der antirassistischen Protestmobilisierung. Zu ihnen gehören zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus, die antifaschistische Bewegung als Teil der radikalen Linken und die antirassistische Bewegung als Form lokaler Proteststrukturen, die sich gegen latente und manifeste Formen des institutionellen Rassismus organisiert. Zu bestimmten Anlässen agieren diese Strömungen zwar im Einklang, jedoch folgen sie unterschiedlichen Grundmotiven in ihrem Engagement gegen Rassismus und werden unterschiedlich gesellschaftlich rezipiert.

Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechts

Beim Engagement gegen Rassismus wird die Rolle der *Zivilgesellschaft* oft gesondert hervorgehoben, obgleich der Begriff insbesondere mit Blick auf Einschlusskriterien, aber auch hinsichtlich politischer Zielsetzungen antirassistischer Proteste definitorisch unscharf bleibt. Grundlegend wird mit der analytischen Verwendung des Begriffs das »freiwillige Engagement der Bürger *als Bürger* jenseits von Staat, Markt und Privatsphäre« bezeichnet (Grande et al. 2021: 13). Während diese Definition sich einer politischen Ausrichtung entzieht, ist die normative Aufladung im öffentlichen Diskurs doch augenfällig, insofern Gruppen und Individuen adressiert werden, die demokratische Werte und Prinzipien vertreten. Dieser Lesart folgend stützen sich vitale Demokratien auf aktive Zivilgesellschaften, die sich für eine offene Gesellschaft einsetzen. Jenseits von Staat, Parteien und Wirtschaft sind es Vereine, ehrenamtliche Initiativen und karitative Organisationen, die ein Gemeinwesen zusammenhalten und Partizipation erfahrbar machen. Gleichzeitig haben wir bereits im Abschnitt zur Heterogenität rassistischer Protestformen darauf hingewiesen, dass die »unzivilen« Facetten nicht losgelöst vom Konzept der Zivilgesellschaft gedacht werden können (Walter et al. 2015).

Obwohl analytisch gesehen jedes nicht staatliche Vorgehen gegen Rassismus und Rechtsextremismus in die Sphäre der Zivilgesellschaft fällt, sind zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechts hier gesondert zu erwähnen, da sie sich nicht unter das Dach einer einheitlichen politischen Bewegung zusammenfassen lassen. Vielmehr umfasst zivilgesellschaftliches Handeln gegen Rassismus eine Vielzahl von gesellschaftlichen Gruppen und Zielen. Ihre Aktionsformen können etwa sein: Runde Tische für Demokratie, Konzerte, Kulturveranstaltungen, Demonstrationen sowie Verhandlungen mit lokalen Vertreter*innen der Politik zur politischen Problemlösung (Schellenberg/Becher 2015). Im Mittelpunkt ihrer Aktionen steht

vor allem friedlicher Protest; bewährt haben sich auch Formen des zivilen Ungehorsams. Viele Initiativen werden durch staatliche Demokratieförderprogramme unterstützt.

Insbesondere seit Beginn der 2000er Jahre sind zivilgesellschaftliche Organisationen aufgrund einer breiten staatlichen Finanzierung wesentliches Rückgrat einer Jugend- und Bildungsarbeit, die sich dezidiert der präventiven Aufklärung und Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus widmet sowie eine Vielzahl an Initiativen für interkulturellen Austausch und Unterstützungshilfe für Migrant*innen und Geflüchtete bietet (Dinkelaker et al. 2021). Sie bilden zugleich auch wesentliche Koordinierungsknoten und Ausgangspunkte für die Organisation von antirassistischem Protest. Statt auf die Vielzahl und Vielfalt zivilgesellschaftlichen Engagements im Kampf gegen Rassismus zu schauen, bietet es sich im Folgenden an, einen Blick auf Initialmomente bei der Entstehung von zivilgesellschaftlichen Protesten gegen Rassismus zu werfen und erfolgreiche Mobilisierungen bestimmter Initiativen zu thematisieren.

Lichterketten als Form der Anteilnahme und Solidarität

Die rassistische Gewalt in den Wendejahren löste verschiedene Formen der Solidaritätsbekundung in der Zivilgesellschaft aus. Besonders große Bekanntheit erlangte die Lichter- und/oder Menschenkette als Ausdruck breiter gesellschaftlicher Ablehnung von Rassismus. Als stille, regelrecht mahnende Protestform entstanden in vielen deutschen Großstädten Zusammenkünfte anlässlich der rassistischen Anschläge und Übergriffe in Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mölln und Solingen (Lüdemann 1995: 376; Monforte 2014: 49). Ergänzt durch das Anbringen von Kerzen am heimischen Fenster erhielt diese kollektive Protestform auch Dimensionen individueller Teilnahme und bot somit losgelöst von größeren Menschenansammlungen Raum für Solidaritätsbekundungen.

Initiiert von engagierten lokalen Einzelpersonen oder Gruppen erfuhren die Aufrufe zu Lichterketten durch lokale und teilweise überregionale Berichterstattung starke Verbreitung. Bewusst wurde dabei auf eine Nähe zu politischen Organisationen und Parteien verzichtet, um die Anschlussfähigkeit für alle Bürger*innen über politische Lager hinweg zu ermöglichen. Die Strategie war erfolgreich. So fanden sich auf den Lichterketten-Demonstrationen 1992 in Bremen 100.000, in Berlin 250.000 und in München gar 400.000 Menschen zusammen (Lau 1993). In Köln (»Arsch huh, Zäng ussenander« – Arsch hoch, Zähne auseinander) und Frankfurt (»Heute die! Morgen du!«) wurden die Lichterketten durch Konzertveranstaltungen prominenter Musiker*innen unterstützt, die an die Tradition von »Rock gegen Rechts«-Konzerte der 1980er Jahre anschlossen. Trotz der Heterogenität der Teilnehmenden und divergierender Interessenlagen gelang es, mit den Demonstrationen kollektiven Zielen Ausdruck zu verleihen. Im Mittelpunkt stand vor allem die Solidarität als symbolischer Akt mit den Opfern rassistischer Gewalt.

Letztlich war dieser kleinste gemeinsame Nenner aber auch das Manko der Lichter- und Menschenketten und der Solidaritäts-Konzerte. Denn über eine rein moralische Anti-Gewalt-Demonstration (Kleger 1996: 63) gingen die Aktionen kaum hinaus. Dass sich die Lichterketten lediglich symbolisch gegen Rassismus, Antisemitismus und neonazistische Gewalt stellten und nicht auch die Einschränkungen beim Grundrecht auf Asyl (im Kontext des sogenannten Asylkompromisses von 1993) oder die Rolle der Politik als Hort von strukturellem Rassismus thematisierten, werteten linke Gruppen und Parteien als Schwäche. Insbesondere die Äußerungen des Sprechers der Regierung Helmut Kohl, Dieter Vogel, der die Nichtteilnahme des Bundeskanzlers an den Trauerfeierlichkeiten anlässlich des rassistischen Anschlags in Mölln 1992 damit kommentierte, dass die Bundesregierung nicht in »einen Beileidstourismus« verfallen werde (Jakob 2016), war für linke Gruppierungen Ausdruck einer strukturellen Fehlstellung, die es abseits der reinen Symbolpolitik zu thematisieren galt.

Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechts befanden sich zu dieser Zeit daher auch in einem Spannungsfeld zu frühzeitiger und vor allem stärker organisierten antirassistischen Akteuren. Letztlich symbolisierte die Lichterkettenbewegung damit zugleich eine Suchbewegung breiter Gesellschaftsteile nach größtmöglicher Anschlussfähigkeit, um die Tatsache rassistischer Zustände überhaupt auf die politische Bühne zu bringen. Die Strahlkraft der Proteste darf daher ob des medialen Drucks auf die Politik nicht unterschätzt werden; in dieser Phase waren zivilgesellschaftliche Initiativen wesentliche Mahner im Aufzeigen staatlichen Nichthandelns.

Der »Aufstand der Anständigen« und »Dresden Nazifrei«

Als es im Sommer 2000 erneut zu einer Häufung rassistischer und antisemitischer Gewalt kam, sah sich nun auch der Staat gefordert. Auf die Ermordung des mosambikanischen Vertragsarbeiters Alberto Adriano durch drei Neonazis im Juni in Dessau folgten in Düsseldorf im Juli ein Sprengstoffanschlag auf eine Gruppe jüdischer Einwander*innen und im Oktober der Anschlag auf die Alte Synagoge. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder rief daraufhin den »Aufstand der Anständigen« aus, dem landesweit Proteste gegen rassistische Gewalt folgten. Im Unterschied zu der Lichterkettenbewegung erhielten diese Proteste so einen regierungspolitischen Anstrich (Kleger 2006: 34). In der Folge wurden zahlreiche Programme und Initiativen gegen Rechtsextremismus, »Fremdenfeindlichkeit«, Gewalt und Antisemitismus finanziell gefördert, was dem zivilgesellschaftlichen Engagement neue Anreize gab und prekär organisierte und finanzierte Initiativen verstetigte beziehungsweise zu solchen Gründungen teils erst animierte.

Einen weiteren wesentlichen Schub erhielten zivilgesellschaftliche Proteste gegen Rassismus durch die erweiterte Bündnispolitik im Kontext der alljährlichen Februaraufmärsche deutscher und internationaler Rechtsextremer anlässlich der

Bombardierung Dresdens. 2009 gründete sich das Bündnis »Nazifrei – Dresden stellt sich quer«, eine spektrenübergreifende Organisationsplattform aus zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechts, Parteien und Gruppierungen der radikalen Linken, die mithilfe unterschiedlicher Strategien den Neonazi-Aufmarsch zu stoppen gewillt war. Dieses Bündnis baute nicht nur die bis dato bestehenden Berührungspunkte zwischen Akteuren der radikalen Linken und den Vertreter*innen der eher bürgerlichen Zivilgesellschaft ab, sondern erweiterte auch das Methodenrepertoire zivilgesellschaftlicher Aktionen. Insbesondere Formen des zivilen Ungehorsams wie Sitzblockaden wurden so zur wirksamen Strategie gegen rassistische Aufmärsche, die über Dresden hinaus Schule machten. Das Bündnis selbst wurde durch die erfolgreiche Verhinderung des Neonaziaufmarschs integraler Bestandteil einer zivilgesellschaftlichen, antifaschistischen Gegenkultur in Sachsen. Getragen vom breiten Erfolg der Demonstrationen gegen rassistische Aufmärsche verstetigte sich die Arbeit des Bündnisses auch zunehmend im Kontext der Geflüchtetenhilfe und der Organisation interkultureller Willkommensfeste.

Zivilgesellschaftliches Engagement nach 2015

Zu einem intensiven Aufschwung zivilgesellschaftlicher Initiativen kam es im Rahmen der seit 2015 rapide ansteigenden Anzahl Asylsuchender in Deutschland (Aumüller et al. 2016; Rucht 2018; Hinger et al. 2020). Diese oft als »Sternstunde der Zivilgesellschaft« (Schiffauer et al. 2017: 29) markierte Trendwende bedeutete ein ehrenamtliches Engagement, das sich über Empfangskomitees, Willkommensinitiativen, Versorgung mit medizinischen Gütern und Alltagsbedarf bis hin zu Deutschkursen und Begleitung bei Ämtergängen erstreckte. Grundlegend verdeutlichte dieser Engagementschub die gesamtgesellschaftliche Relevanz von Fragen zu Migration, Flucht und Verantwortung, dessen Schattenseite sich zugleich in der Gründung von rassistischen Bürgerwehren und Protesten ausdrückte.

Eine Neuauflage der Lichterketten und in gewisser Hinsicht auch ein Revival der Rock-gegen-Rechts-Konzerte zeichnete sich bei dem von lokalen Initiator*innen und der Chemnitzer Band Kraftklub organisierten #wirsindmehr-Konzert in Chemnitz im Jahr 2018 ab, an dem knapp 65.000 Menschen teilnahmen. Das Konzert war eine Reaktion auf rassistische Proteste, zu denen lokale und überregionale rechtsextreme Bündnisse wie Pro Chemnitz, PEGIDA, aber auch die AfD in der Folge der oben erwähnten tödlichen Auseinandersetzung unter Beteiligung von Geflüchteten mobilisiert hatten (siehe den Abschnitt zum Protesthandeln der extremen Rechten). Ähnlich wie die Lichterketten hatte das Konzert eine hohe Symbolwirkung, die in ihrer Reichweite durch die Live-Übertragung auf YouTube verstärkt wurde. Im Mittelpunkt stand auch hier der Ausdruck von Solidarität mit Migrant*innen und Geflüchteten (Rohde 2018). Zugleich sollte das Selbstverständnis von #wirsindmehr in Form eines Hashtags rassistische und antisemitische Aussagen auf sozialen Medien widersprechen. Ziel war es, die (oft schweigende) gesell-

schaftliche Mehrheit zu einer Positionierung gegen Rassismus und Antisemitismus und für eine offene Gesellschaft zu motivieren. Das #wirsindmehr-Konzert reihte sich in die Tradition des antirassistischen Widerspruchs ein, der neben der Opposition gegen Rechtsextremismus auch den Rassismus in staatlichen Institutionen und Polizeigewalt kritisiert.

Die Bedeutung des Internets für das Zustandekommen neuer Initiativen sowie die Verknüpfung von Online- und Offline-Handeln lässt sich auch bei den »Omas gegen Rechts« ablesen. Ursprünglich 2017 als Reaktion auf die Koalition der ÖVP und der FPÖ in Österreich gegründet, steht dieses lose Netzwerk mit verschiedenen lokalen Ablegern für eine Form zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus und Antisemitismus, das sich mittlerweile zu einer festen Protestgruppe konsolidiert hat. Mit dem Bezug auf die aktive Rolle der Großmütter wird ein öffentliches Verantwortungsbewusstsein geschaffen und Freizeitaktivitäten werden mit kreativen politischen Aktionen verbunden (Salzer 2019). Die Initiative »Omas gegen Rechts« ist dabei in doppelter Hinsicht ein neuartiger Protestakteur gegen Rassismus: als Gruppe von älteren Frauen, die bis dahin vergleichsweise selten als politische Akteurinnen aufgetreten waren (Reißmann/Hartung-Griemberg 2019), und umso mehr als ältere Menschen, die sich digital vernetzen und organisieren.

Ferner ist in den antirassistischen Proteststrategien zuletzt eine Tendenz zu Großbündnissen zu verzeichnen (Zajak/Stjepandić/Steinhilper 2021). Wie erfolgreich die Mobilisierungen solcher zivilgesellschaftlichen Großbündnisse mittlerweile sein können, zeigt das Bündnis »Unteilbar« (#unteilbar) – Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung«, das im Anschluss an die rassistischen Ausschreitungen in Chemnitz und Köthen 2018 zu einer Großdemonstration in Berlin aufrief (Bönkost 2019). Weit über 200.000 Personen folgten dem Aufruf. Die Besonderheit von »Unteilbar« liegt neben dem großen Mobilisierungserfolg in der einzigartig breiten Allianz an Organisationen, Initiativen und Personen, die sich hinter einer dezidierten Kritik rassistischer Strukturen versammelten. Darunter waren neben migrantischen Organisationen, Wohlfahrtsverbänden, Organisationen der Geflüchtetenarbeit und Gewerkschaften auch viele Gruppen der radikalen Linken. Eine Folgedemonstration anlässlich der sächsischen Landtagswahl im August 2019 bildete mit knapp 40.000 Personen die größte Demonstration in Dresden seit 1990 und war nahezu doppelt so stark wie die PEGIDA-Proteste in ihren Hochzeiten. Aufgrund der Heterogenität stellt »Unteilbar« eine kampagnenbasierte Form der offenen Bündnispolitik dar, die mit einem breiten Grundkonsens verschiedene Spektren der Zivilgesellschaft temporär vereinigt.

Spielarten des autonomen Antifaschismus

Die Definition und normative Bewertung von Antifaschismus im Allgemeinen und der Antifa im Besonderen ist nach wie vor stark umkämpft. Je nach politischer Po-

sitionierung wird die antifaschistische Bewegung entweder als ein straff organisiertes Netzwerk begriffen, das für Gewalt und antidemokratische Grundhaltungen steht, oder aber als integraler Bestandteil einer Zivilgesellschaft gewertet, die sich verdienstvoll gegen einen zunehmenden Rechtsruck stellt. Grundlegend lässt sich Antifa als ein Sammelbegriff für verschiedene linksradikale Strömungen, politische Ansätze und Handlungsmodi verstehen (Schuhmacher 2017). Im Mittelpunkt steht das Engagement gegen rechtsextreme Umtriebe auf theoretischer wie auch praktischer Ebene. Ausgehend von der Überzeugung, dass von der freien Entfaltung rechtsextremer Akteure eine Gefahr für die (lokale) Gesellschaft ausgeht, treten antifaschistische Initiativen an, ihnen die Plattformen zu nehmen, über die sie auf eine breite Masse einzuwirken versuchen. Zugleich fungiert der Begriff als wesentlicher Motor kollektiver Identitätsbildungsprozesse nach innen. Wesentlich bedingt wird die Identifikation vor allem über gemeinsame Symbole, historische Bezugspunkte, Feindbilder und politische Mobilisierungen. Zentral ist weiterhin, dass der Großteil der Antifa-Gruppierungen den Kampf gegen Rechts mit Großthemen wie (Anti-)Kapitalismus, Wohnraum, Globalisierung(skritik) und (Anti-)Nationalismus verbindet.

Antifaschistische Gruppierungen und die 1990er Jahre

Infolge der rassistischen und neonazistischen Gewalt in den 1990er Jahren erhielten bestehende Antifa-Gruppierungen regen Zulauf und an vielen Orten kam es zu Neugründungen, die das Spektrum linksradikaler und autonomer Gruppierungen wesentlich erweiterten (Schuhmacher 2013, 2014; Schöppner 2015; Jänicke/Paul-Siewert 2017; Langer 2018; Grauwacke 2020). Lange Zeit gehörte es zu einem Kernelement antifaschistischen Selbstverständnisses, dass ein politisches Problembewusstsein mit vielfältigen Mitteln gegen einen gesellschaftlichen Mainstream durchgesetzt werden muss (Dudek 1990; Butterwegge 1996); dies auch gerade in Abgrenzung zu zivilgesellschaftlichen Initiativen. Dieses Credo ergab sich nicht nur aus der Selbstzuschreibung als autonom, sondern auch aufgrund real existierender politischer Problemlagen mit organisierten Neonazis und damit einhergehender rassistischer Straßengewalt, die auf politisch-administrativer Ebene negiert oder ignoriert und gesellschaftlich als Jugendphänomen verharmlost wurde (Projektgruppe 1994; Krafeld 1995).

Trotz des Zulaufs zu den verschiedenen Antifa-Gruppierungen Anfang der 1990er Jahre führte die nahezu alltägliche neonazistische Gewalt und Gefahr dazu, dass die politische Arbeit eines Großteils der Gruppierungen auf einen rein reaktiven Posten zurückgedrängt wurde – auf einen »Anti-Nazi-Aktivismus«, der sich überwiegend in Form von Gegendemonstrationen, Störaktionen rassistischer Zusammenkünfte und sogenannten Outings führender Neonazikader als Ausdruck antirassistischen Protests äußerte. Somit trat auch der Kern ihres autonomen und gesellschaftskritischen Anspruchs der 1970er und 1980er Jahre vermehrt in

den Hintergrund. Der Versuch, mit der Gründung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) 1992 diesem Prozess entgegenzuwirken, blieb folgenlos. Darüber konnte auch nicht das formulierte Ziel des revolutionären Antifaschismus hinwegtäuschen, das den politischen Kampf gegen Neonazis mit einer gesamtgesellschaftlichen und vor allem antikapitalistischen Perspektive koppeln sollte. Letztlich blieb auch das bundesweite Bündnis nur ein größeres Aushängeschild der reinen Opposition zum Rechtsextremismus und führte nicht zur Verstetigung einer spezifischen autonomen Politik (Haunss 2004: 128). Mit dem Erstarken des staatlich geförderten Kampfes gegen Rechtsextremismus seit den 2000er Jahren brach auch dieses Feld allmählich weg, sodass es zu etlichen scheinbaren Spaltungen und personellen Abwanderungen kam. Gerade die Wahrnehmung einer Selbstinszenierung staatlicher Akteure als »bessere Antifaschisten« stieß bei einer Vielzahl von Vertreter*innen autonomer Antifa-Gruppierungen auf Widerspruch, die hierin lediglich den Versuch sahen, den völkischen Nationalismus durch einen international akzeptierten Nationalismus zu ersetzen (Huiskens 2001).

Bemerkenswerterweise spielt in der Bewegungsforschung in Deutschland die antifaschistische Bewegung als eine der wahrnehmbarsten und – vor allem in Bezug auf Widerspruch zu neonazistischen und rassistischen Protesten – wirkmächtigsten linksradikalen Strömung seit den 1990er Jahren bislang nur eine marginale Rolle. Dies liegt zu einem großen Teil an der Fragmentierung der Gruppierungen – organisatorisch, politisch, praktisch und geografisch, aber auch am Personenpool der Bewegungsforscher*innen selbst, die aufgrund fehlender biografischer Verbindungen kaum Einblick in die klandestinen und stark personell abhängigen Organisationsformen autonomer Bewegungen erhielten.

Antifaschismus und Militanz

Für Antifaschist*innen spielt Gewalt als politische Strategie in der Auseinandersetzung mit Neonazis und Rassist*innen aus mindestens zweifacher Sicht eine zentrale Rolle: Als selbst erfahrene und erfahrbare neonazistische Gewalt und als offensive, teils reaktive Form der Auseinandersetzung mit neonazistischer Gewalt und Straßenpräsenz.³ So formierten sich zu Beginn der 1990er Jahre in rechts-

3 Da Militanz und Gewalt zugleich ein hoch umstrittenes Signum antifaschistischen (Gegen-)Protests sind (Golova 2011), widmen wir uns im Folgendem spezifisch diesem Charakteristikum, das zudem eine wesentliche Trennlinie zu den anderen beiden Varianten antirassistischen Protests darstellt. Mit Blick auf die bisherige Beforschung linksradikaler Gruppierungen und Protestformen zeigt sich zudem, dass ein praxeologischer Ansatz ein sinnvoller und geeigneter Zugang ist, der ältere – und vor allem im Wissenschaftsbetrieb hoch umstrittene Konzepte – wie den vielfach kritisierten Extremismusbegriff, oder aber den jahrelangen Versuchen, strömungsübergreifende linksextremistische Einstellungsmuster ermitteln zu wollen, eine Deutungsebene gegenüberstellt, die auch Dynamiken und Konturen mit einbezieht (Deycke et al. 2021). Wir möchten insbesondere dafür argumentieren, Militanz

extremen Hochburgen regelrechte antifaschistische Selbstverteidigungsgruppen, die über Telefonketten schnell einsatzbereit waren und bei Bedrohungslagen zu Hilfe gerufen wurden (Langer 2018; Pflücke 2021). Im Mittelpunkt stand vor allem, Rechtsextremen und Rassist*innen den öffentlichen Raum zu nehmen, sie in ihrem Selbstverständnis zu stören und ihnen mittels gewalttätiger Angriffe immer wieder aufzuzeigen, dass ihr sichtbares Auftreten als Neonazis negative Konsequenzen hat. Da ein regelrechtes Misstrauen gegenüber Polizeibehörden bestand und etliche Antifaschist*innen neonazistische Gewalt erfuhren, ohne dass dies zu juristischen Konsequenzen für die Täter führte, entwickelten sich Strukturen wie der antifaschistische Selbstschutz, der Neonazis zunehmend daran hinderte, linke Objekte und Treffen folgenlos angreifen zu können.

Insbesondere die 1990er Jahre waren (in ganz Europa) gekennzeichnet von dem Versuch, neonazistischer Gewalt mit antifaschistischer Militanz zu begegnen (Copsy 2017). War Militanz zu Beginn vor allem eine Reaktion auf rassistische und neonazistische Gewalt, wurde sie über die Jahre hinweg und anlassbezogen weiter professionalisiert. Wesentlich geprägt durch die Erfahrungswelten der autonomen Bewegung der 1980er Jahre waren Militanz und Gewalt fortan auch ein probates und vor allem klandestin genutztes Instrument zur Erweiterung des antifaschistischen Methodenrepertoires bei der Verhinderung rassistischer Aufmärsche. So waren Angriffe auf Infrastrukturen wie Sabotageakte an Gleisanlagen eine Taktik, um Teilnehmende rassistischer Demonstrationen an der Anreise zu hindern beziehungsweise ihre Teilnahme mit hohen (sozialen) Kosten zu quittieren. Dies wurde zu meist ergänzt um die Identifizierung und Zerstörung von Kraftfahrzeugen neonazistischer Organisator*innen. Bei derartigen Aktionen wurden Nummernschilder, Autotypen und persönliche Informationen von Rechtsextremen vermerkt, um später Outings vornehmen zu können, also diese Personen in deren Lebensumfeld und einer breiteren Öffentlichkeit als rechtsextreme Akteure bekannt zu machen (Projektgruppe 1994).

Gerade im Kontext von Demonstrationen richtete sich antifaschistische Militanz jedoch nicht ausschließlich gegen den politischen Gegner. Durch die zunehmende taktische Professionalisierung von polizeilichen Einsatzkräften war eine direkte Konfrontation mit Rechtsextremen auf Demonstrationen oder während der

und Gewalt analytisch zu greifen und demzufolge Handlungsebenen und Strategien zu beschreiben, statt die Begrifflichkeiten pejorativ mit gesellschaftlichen und grundgesetzlichen Normvorstellungen zu koppeln und moralisch zu tabuisieren, womit sie einer Analyse entzogen werden. Grundlegend verstehen wir unter linker Militanz eine Form von kämpferischem Aktionismus, der nicht zwangsläufig auch gewaltvoll sein muss. Weitaus stärker ist Militanz eine mobilisierbare und vor allem tatbezogene politische Strategie, die im Mittelpunkt stets einen antiinstitutionellen Effekt hat, eine antiautoritäre Organisationskritik forciert und die Selbstaktion fordert; demnach radikale Absichten und Ziele verfolgt (Schuhmacher 2017).

An- und Abreise oft nicht mehr gegeben. Im Mittelpunkt der Versuche, rechtsextreme Aufmärsche zum »Desaster zu machen« – wie eine Vielzahl von Aufrufen antifaschistischer Gruppierungen verdeutlichen (Keller et al. 2018) –, standen fortan dezentrale Aktionen, Eigentumszerstörungen und das Entzünden von Barrikaden, um Polizeikräfte zu binden, sodass die Sicherheit der gegnerischen Demonstrationsteilnehmer*innen nicht länger gewährleistet werden konnte und ihre Demonstrationen von den Veranstalter*innen oder der Polizei abgebrochen werden mussten. Je höher die finanziellen Folgekosten einer Genehmigung rassistischer Aufmärsche waren, umso mehr erhoffte man sich von kommunaler oder städtischer Seite ein zukünftiges Verbot, oder aber zumindest die vertiefte Ausschöpfung ordnungsamtlicher Auflagen.

Autonome Antifaschist*innen wurden für ihre Militanz und Ästhetisierung sowie Fetischisierung von Gewalt nicht nur in sceneinternen Zeitschriften und Zeitungen seit 1990 durchgehend und mitunter heftig kritisiert, sondern insbesondere auch im Kontext von größeren Demonstrationsbündnissen unter Beteiligung von Akteuren mit einer anderen Haltung gegenüber gewaltförmigem Protest (Schuhmacher 2014; Langer 2018). Dabei war – neben der allgemeinen Ablehnung von Gewalt als Mittel zum Zweck – ein Hauptvorwurf stets, dass die mediale Aufmerksamkeit im Rahmen einer gemeinsamen Aktion vorrangig der Gewalt zukomme, sodass friedlicher Protest unsichtbar gemacht werde und die politischen Inhalte in den Hintergrund gerieten; dies verhindere insbesondere, breitere Teile der Gesellschaft für den Kampf gegen Rassismus zu gewinnen. Gleichzeitig wurde eingeräumt, dass der mitunter militante Schutz vor rechten Übergriffen eben erst jene Räume für die erfolgreiche Durchführung von Protest schuf. Diese Widersprüchlichkeit wurde in dem 2009 gegründeten Bündnis »Dresden Nazifrei« deutlich, in dem eine hohe Toleranzschwelle für unterschiedliche Formen des Protests und Widerstands herrschte. Vor dem Hintergrund verstärkter staatlicher Repression, aber auch der Gefahr von Entsolidarisierung und um nicht weiter innerhalb der Linken marginalisiert zu werden, ist seit 2014/15 ein Umdenken in Bezug auf gewaltsame Mittel im Gange.

Das Aufkommen postautonomer und neuer Gruppen

Mit dem Aufkommen postautonomer Gruppen – die erste ihrer Art war FelS (Für eine linke Strömung), die von 1991 bis 2015 bestand und in Berlin aktiv war – wurde der Anschluss an breitere Debatten gesucht. Diese neuen Gruppen kritisierten den revolutionsromantischen Anstrich autonomer Gruppen und orientierten sich weitaus bündnispolitischer (Foltin 2016). Zu den bekanntesten Vertreterinnen der undogmatischen radikalen Linken gehören heutzutage »Interventionistische Linke« (gegründet 2005) und »... Ums Ganze! Kommunistisches Bündnis« (gegründet 2006) (Keller et al. 2018). Beide Großgruppierungen stellen jedoch nicht mehr ausschließlich den antifaschistischen und antirassistischen Widerspruch gegen neonazistische Gewalt und rassistischen Protest auf Demonstrationen in den Mittel-

punkt, sondern sehen sich in einen größeren Kontext eingebettet, der Rassismus und Sozialchauvinismus als integralen Bestandteil der Bundesrepublik und des Kapitalismus versteht. Insbesondere der Aufstieg von AfD und PEGIDA bedingte einen Spagat dieser Akteure, die seit 2015 zwischen selbstgesetzten Großthemen und der Suche nach einem geeigneten Umgang mit Akteuren der extremen Rechten in Form von potenziellen Mitwirkungen in zivilgesellschaftlichen Großbündnissen changieren. Mit dem Fokus auf AfD und PEGIDA zeichnet sich antifaschistischer Protest schließlich stärker durch die Etablierung von politischen Kampagnen aus und flankiert Großveranstaltungen mit längerfristigen Strategien, um Rechtspopulismus zu skandalisieren und zurückzudrängen. Hierfür stehen etwa Kampagnen wie »Nationalismus ist keine Alternative«, deren gesellschaftliche Kritik am Rechtsruck dezidiert anschlussfähig für antirassistische Gruppen sein soll. Aber auch Bündnisse wie »Aufstehen gegen Rassismus« (seit 2016), die Handlungsempfehlungen im Umgang mit der AfD anbieten, oder antifaschistische Kampagnenprojekte im Kultursektor wie »Kein Bock auf Nazis« (seit 2006) stehen für einen niedrigschwelligen Zugang zu antifaschistischen Aktionen.

Einen neuen Schub erhielten antifaschistische Proteste durch eine stärkere Einbindung von People of Color (PoC). Die verschiedenen lokalen Ableger der »Migrantif« gründeten sich im Kontext der Erfahrung der rassistischen Anschläge in Hanau und der Organisierung eines migrantisch geprägten Generalstreiks zum 8. Mai 2020 (»Tag des Zorns«). Im Mittelpunkt steht der Versuch, antifaschistische Politik von People of Color für People of Color zu machen, wobei diese Gruppierungen nicht, wie die ältere »Antifa Gençlik«, ausschließlich aus Personen mit Migrationserfahrungen bestehen.⁴ Der Entschluss, diese Stoßrichtung offensiver hervorzuheben als

-
- 4 Die »Antifa Gençlik« (1988–1994) setzte sich überwiegend aus Nachkommen türkischer und kurdischer Migrant*innen zusammen. Hintergrund der Mobilisierung waren rassistische Angriffe in Westberlin und vor allem neonazistische Sprühereien, gegen die die Gruppe vorgehen wollte (AK Wantok 2014; Langer 2018). Die Antifa Gençlik unterschied sich nicht nur aufgrund ihrer Zusammensetzung wesentlich von den bestehenden linken und autonomen Gruppen, sondern war auch bezüglich der Zielsetzung anders aufgestellt. Im Mittelpunkt stand der Versuch einer Integration und Politisierung migrantischer Jugendlicher und die Herauslösung aus etwaigen politischen Zusammenhängen, die sich primär mit den jeweiligen politischen Situationen der Herkunftsländer der Elterngeneration beschäftigten. Das Ziel war die Entstehung einer gemeinsamen Plattform zur Verbesserung der Situation von migrantischen Jugendlichen in Berlin, insbesondere auch, weil die zweite Generation die eigene Zukunft in Deutschland sah und konfrontiert war mit sozialer Ausgrenzung, schlechten Ausbildungsmöglichkeiten und Rassismus (Interface 2005: 211; Farin/Seidel-Pielen 1991: 108). Die besondere Bedeutung der Antifa Gençlik lag darin, dass sie eine starke und auch militante Antifakultur unter migrantischen Jugendlichen initiierte, die auch die Basis für spätere migrantische Kämpfe gegen Neonazis und Rassismus bildete. Mitte der 1990er löste sich die Struktur der Antifa Gençlik aus Repressionsgründen auf (Projektgruppe 1994). Sie stand vor allem im Rahmen der Ermittlungen zur tödlichen Auseinandersetzung mit dem

in bisherigen antifaschistischen Zusammenhängen, ist unmittelbar der Tatsache geschuldet, dass migrantische Aktivist*innen in der radikalen Linken nach wie vor stark unterrepräsentiert sind. Die Organisation potenziell Betroffener rassistischer Gewalt unter dem Namen »Migrantifa« kann als Emanzipation von und Kontrast zu klassischen (weiß und männlich geprägten) Antifa-Strukturen verstanden werden mit dem Ziel, migrantischen Widerstand gegen Rassismus sichtbar zu machen. Das Konzept »Migrantifa« bietet eine Klammer, die verschiedene migrantische Gruppierungen mit einer grundlegenden Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse verknüpft. Vor diesem Hintergrund ist die Organisation ein Mobilisierungs- und Politisierungsmöglichkeit migrantischer Jugendlicher. Zentral ist dabei, dass unter dem Label »Migrantifa« verschiedene politische Erfahrungshorizonte mit Rassismus und rechter Gewalt zusammengeführt, gebündelt und artikuliert werden.

Antira: Proteste gegen institutionellen Rassismus

Unter dem Schirm der antirassistischen Bewegung (Antira) lässt sich eine Vielzahl heterogener politischer Gruppen einordnen, die sich in ihrer historischen Genese zunächst gegen institutionellen Rassismus und für die globale Bewegungsfreiheit aller Menschen einsetzten (Hess/Linder 1997). Heute stehen zudem Protest und Aktionsformen im Mittelpunkt, die sich der Sichtbarkeit postmigrantischer Forderungen nach gesellschaftlicher Teilhabe widmen. Die Grenze zur antifaschistischen Bewegung verläuft nicht nur auf inhaltlicher, sondern auch teils personeller Ebene fließend, was vor allem daran liegt, dass der »klassische« Antifaschismus mit der zunehmenden Loslösung von historischen Bezugspunkten und Erinnerungsformen in den letzten Jahrzehnten eine verstärkte Wandlung hin zum Antirassismus vollzogen hat (Späth 2019: 13). Im strategischen Handeln und der jeweiligen Form der Artikulation von Kritik lassen sich jedoch Unterschiede erkennen. Während antifaschistische Gruppen mit teils militanten Aktionen und radikaler Rhetorik auffallen, sind antirassistische Aktivist*innen weitaus pragmatischer und agieren in konkreten Fällen kompromissbereiter, um die Lebensbedingungen von Menschen zu verbessern, die rassistischen Benachteiligungen ausgesetzt sind. Die Kooperation mit staatlichen Stellen ist dabei – im Gegensatz zu antifaschistischen Gruppen – durchaus Bestandteil ihrer politischen Arbeit.

Dies hängt unmittelbar mit den Zielen der antirassistischen Bewegung zusammen, die trotz der Komplexität ihrer Aktionen und Strategien vor allem daran inter-

Rechtsextremisten und Mitglied des Vereins Die Nationalen e.V., Gerhard Kaindl, im Jahr 1992 im Visier von Polizei und Staatsanwaltschaft. Sowohl der Tod Kaindls als auch die Auflösung der Antifa Gençlik waren Gegenstand einer Vielzahl innerlinker Diskussionen und verstärkten gerade vor dem Hintergrund von Gewalt- und Militanzdiskussionen die Erosionsprozesse (Geronimo 1997).

essiert ist, Widerstand gegen Rassismus zu organisieren, die Lage von Migrant*innen und anderen rassifizierten Gruppen auch ganz konkret zu verbessern sowie für Bewegungsfreiheit und eine offene, postmigrantische Gesellschaft zu kämpfen (Interface 2005: 20; Ha et al. 2016). Diese Schwerpunkte liegen zugleich in der Schnittmenge mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die diese Ziele häufig in lokalen Formaten verfolgen. Die Klammer des Antirassismus lässt sich daher zwar umschreiben, die Ränder sind aber stets offen. Zudem etabliert sich der Antirassismus mittlerweile auch in akademischen Kontexten und erstreckt sich hier von rassistismuskritischer Bildung über postkoloniale Studien bis hin zu Debatten um die soziale Konstruktion von Weißsein (Critical Whiteness); aber auch der akademischen Kritik an diesen Schwerpunktsetzungen (Weiß 2013). Die Theorie und Praxis des Antirassismus verbindet das prinzipielle Moment der Emanzipation von Migrant*innen (Bratić 2010), die feste Etablierung von Wissen und Erfahrungen mit Migration in der Gesellschaft (Foroutan 2019) sowie die Kritik an strukturellen Verhältnissen, die Menschen aufgrund von rassistischen Vorurteilen kategorisieren und benachteiligen (Wa Baile et al. 2019).

Proteste der Antira-Bewegung nach 1990

Die Protestgeschichte der Antira-Bewegung seit 1990 konzentriert sich vorrangig auf politische Kampagnen, mit denen Aufmerksamkeit auf die Situation von Migrant*innen und Geflüchteten gelenkt und politischer Druck auf Entscheidungsträger*innen ausgeübt werden sollte. Mit der Einrichtung des »The Voice Refugee Forum« 1994, das sich gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung engagiert, bauten sich Migrant*innen ein Forum auf, über das sie ihre Forderungen bündelten. Besonders nachhaltig waren hier die Proteste zur Abschaffung der Residenzpflicht, die um die Jahrtausendwende begannen und sich gegen die schikanösen Auflagen für Asylbewerber*innen richteten, ihre Landkreise nicht verlassen zu dürfen. Betroffene und solidarische Menschen organisierten Proteste in fast allen Bundesländern und machten mit Protestcamps auf die Situation aufmerksam. Mit Aktionen des zivilen Ungehorsams durchbrachen sie symbolhaft imaginäre Grenzen und riskierten dafür auch politische Repression (Omwenyeye 2005). Dabei standen auch der Paternalismus antirassistischer Unterstützer*innen und die Selbstbestimmungsansprüche der Selbstorganisationen in einem stetigen Spannungsfeld. Dies zeigte sich insbesondere an der 1998 gegründeten »Karawane«, die sich vor allem für die Bekämpfung von Fluchtursachen einsetzte und damit den vorrangigen Interessen der deutschen antirassistischen Bewegung nach Integration und Aufnahme nicht unbedingt entsprach.

Dass die 1990er Jahre ein wesentlicher Politisierungsmotor für die Entstehung verschiedener antirassistischer Selbstorganisationen waren, die teilweise auf das bereits vorhandene, vielfältige Vereinsleben von Migrant*innengruppen aufbauten (Hunger 2005; Migranten(dach)organisationen in Deutschland 2012), verdeutlicht

auch die Tatsache etlicher Neugründungen, wobei eigene Diskriminierungserfahrungen mit antifaschistischer, antirassistischer und antisexistischer Arbeit verbunden wurden. Zu den bekanntesten Vertreter*innen gehören »Köxüz«, »FeMigra«, »Café Morgenland«, »Antikapitalistische Nicht-Weiße Gruppe«, »Ausländer Connection«, »ADEFRA«, »Initiative Schwarze Menschen in Deutschland«, »Lampedusa in Hamburg«, »Kanax Antifa« oder »Women in Exile«.

1997 fanden sich mehr als 200 Gruppen und Organisationen zusammen, die das Netzwerk »Kein Mensch ist illegal« gründeten. In einem Manifest forderten die von Kirchen bis hin zu autonomen Gruppen vertretenen Initiativen, Geflüchtete und Migrant*innen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus »bei der Ein- oder Weiterreise zu unterstützen, Migranten Arbeit und ›Papiere‹ zu verschaffen, medizinische Versorgung, Schule und Ausbildung, Unterkunft und materielles Überleben zu gewährleisten«.⁵ Hieran schloss auch der Kampf gegen die Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus an. Nach dem Tod eines sudanesischen Flüchtlings 1999, der während einer, von einem Bundesgrenzschutzbeamten durchgeführten, gewaltsamen Abschiebung in einer Lufthansa-Maschine starb, wurden die »Profiteure der Abschiebeindustrie« in der Kampagne »Deportation Class« thematisiert. Im Zuge der Kampagne kam es zu vielfältigen Aktionen unter anderem an Flughäfen und Abschiebegefängnissen, aber auch online in Form von DDoS-Attacken⁶ auf die Webseite der Lufthansa (Walters 2002).

Antirassismus als Solidarisierungspraxis gegen institutionellen und strukturellen Rassismus

Physische und strukturelle Gewalt gegen Migrant*innen blieb ein steter Mobilisierungsgrund für antirassistische Solidarisierung und wiederholter Anlass, um eine Kritik an rassistischen Zuständen anhand konkreter Ereignisse zu verdeutlichen. So wurden rassistisch motivierte Morde wie der an Amadeu Antonio Kiowa 1990 – eines der ersten Opfer rassistischer Gewalt nach der Wiedervereinigung – zum Ausgangspunkt antirassistischer Initiativen. Ebenso gilt der Tod des 2005 in Dessau getöteten Oury Jalloh bis heute als Kristallisationspunkt, um auf rassistische Strukturen in den Sicherheitsbehörden aufmerksam zu machen. In diesen Kontext fallen aber auch Suizide von Geflüchteten als Ausdruck und Symbol der Aussichtslosigkeit ihrer Gesamtsituation sowie Hungerstreiks von Asylsuchenden wie etwa in Würzburg 2012. Sie bildeten weitere grundlegende Initialmomente einer Selbstorganisation von Geflüchteten, die wiederum die antirassistische Bewegung vitali-

5 <https://noii2017.wordpress.com/portfolio/manifest-de/> (letzter Zugriff: 22.11.2022).

6 DDoS (Distributed-Denial-of-Service)-Attacken haben das Ziel, mit koordiniertem Online-Verhalten die Kapazitätsbeschränkungen einer Webseite so zu überlasten, dass diese temporär nicht mehr erreichbar ist. Mittlerweile sind Unternehmen gegen diese Formen von Angriffen über Internetsicherheitsanbieter besser geschützt.

sierte und die Betroffenen von rassistischen Zuständen medial stärker in den Fokus rückte (Odugbesan/Schwartz 2018). Zu den bundesweit prominentesten Beispielen zählt hier die Berliner »O-Platz-Bewegung«, benannt nach dem Kreuzberger Oranienplatz, die von 2012 bis 2014 als stationärer Protest gegen die Asylpolitik fungierte. Die vielfältigen Aktionen der Bewegung, aber auch der besetzte Platz selbst waren Ausdruck einer Sichtbarkeit von gesellschaftlichen Ausschlüssen von Geflüchteten – vor allem in Bezug auf Residenzpflicht und Lagersysteme – und boten einen wichtigen Koordinierungs- und Rückzugsort (Wilcke/Lambert 2015).

Ein weiterer wichtiger Meilenstein der Antira-Bewegung waren die »Anti-Lager«-Proteste, die sich für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten aussprachen und die Zustände in den Unterbringungseinrichtungen thematisierten. Deutlichster Ausdruck war eine »Anti-Lager-Tour« im Jahr 2004, die Solidarität mit den Menschen in den Geflüchtetenunterkünften ausdrücken sollte und dabei unter anderem mit Sabotage-Aktionen die Zäune der Lager symbolisch niederriß (das sogenannte Defencing). Die Anti-Lager-Proteste waren beeinflusst von der internationalen Vernetzung mit »No Border«-Aktivist*innen, die von 2001 bis 2016 in regelmäßigen Abständen Grenzcampus organisierten, mit denen sie auf die Militarisierung der europäischen Außengrenzen und die Folgen des europäischen Grenzregimes aufmerksam machten (Hess/Kasperek 2010). Mit Demonstrationen, symbolischen Grenzverletzungen und Aktionen an Abschiebegefängnissen konzentrierten diese Aktionstage diverse Aktivitäten und praktizierten im Kleinen die Utopie einer grenzenlosen Gesellschaft (Gauditz 2017). Jenseits der sichtbaren Proteste ging antirassistischer Protest auch von institutionalisierten Formen des Aktivismus aus und fand in ihm ein wichtiges Rückgrat für Informationsbeschaffung und Rechtsberatung. Hierzu zähl(t)en insbesondere Pro Asyl, die Flüchtlingsräte, Amnesty International, Deutsche Flüchtlingshilfe e.V. sowie die Referate für Flüchtlingsarbeit bei den Wohlfahrtsverbänden. Denn neben der Benennung rassistischer Missstände leiten diese Gruppen verschiedene Kampagnen an, leisten Unterstützung und stellen ihre Expertise zur Verfügung. Gleichzeitig haben sie Zugang zu politischen Entscheidungsträger*innen, wodurch der Aktivismus der Straße besser in politischen Druck umgewandelt werden kann.

BLM und Antirassismus in Zeiten sozialer Medien

Viele neuere Protestakteure, die sich in den letzten Jahren gegen Rassismus und Diskriminierung engagieren, sind nicht mehr ohne ihren digitalen Hintergrund und die damit einhergehenden Aufmerksamkeitsökonomien zu verstehen. Initiativen finden über Hashtags zusammen und praktizieren eine Form des digitalen Aktivismus, der getragen ist von den veränderten Kommunikationsinfrastrukturen sozialer Medien (Fielitz/Staemmler 2020). Der digitale Aktivismus verknüpft politische Einstellungen stärker mit privaten Interessen, was mitunter den Eindruck erweckt, digitale Formate seien heute im Vergleich zu klassischen Protestformaten oft effek-

tiver, wenn es darum geht, Aufmerksamkeit für die eigenen Positionen zu erlangen. Tatsächlich aber werden klassische Bewegungsformate keineswegs ersetzt, sondern erhalten vielmehr neuen Zulauf, werden ergänzt und in gewisser Hinsicht strategisch aktualisiert. Die Black-Lives-Matter(BLM)-Proteste in Deutschland verdeutlichen dies.

Die BLM-Bewegung formierte sich ab 2013, in Reaktion auf tödliche Polizeigewalt gegen Schwarze US-Amerikaner*innen und People of Color. Die ursprünglich aus einem Hashtag entstandene Bewegung ist Ausdruck einer Kritik am strukturellen Rassismus in den USA. BLM kann als loses Netzwerk verstanden werden, das zu Beginn vor allem sehr situativ auftrat, immer wieder aktivierbar über den Umstand, dass Schwarze überproportional von Polizeigewalt betroffen waren und sind und eine juristische Verurteilung der Täter*innen oft ausblieb. Mit der Tötung des US-Amerikaners Georg Floyd erhielt die BLM-Bewegung auch internationalen Aufwind. In Berlin versammelten sich 2020 fast 15.000 Menschen und in München 25.000, um gegen Polizeigewalt und strukturellen Rassismus zu demonstrieren und Forderungen nach einem Ende der Diskriminierung in den deutschen Kontext zu tragen (Zajak/Sommer/Steinhilper 2021). Auch BLM nutzt überwiegend soziale Medien zur Mobilisierung. Während in der US-amerikanischen Bewegung das strategische Repertoire recht vielfältig ist und sich von spontanen Die-ins, Direkten Aktionen bis hin zu Protestveranstaltungen erstreckt, ist in Deutschland nach wie vor die Demonstration – laut und offensiv, aber auch in Form von Schweigemärschen (*silent Demos*) – Mittel der Wahl.

Hervorzuheben ist, dass sich BLM auch in Abgrenzung zur älteren Schwarzen Bürgerrechtsbewegung konstituiert hat. BLM-Aktivist*innen verbinden antirassistische Proteste mit anderen sozialen Kämpfen wie Antikapitalismus, Kämpfen für soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, Intersektionalität und die Hervorhebung Schwarzer Geschichte (Milman et al. 2021). So hat diese Form zivilgesellschaftlichen Protests in den USA und Europa entscheidenden Einfluss auf die Auseinandersetzung mit der jeweiligen kolonialen Vergangenheit der Nationalstaaten. Die Kritik am systemischen und strukturellen Rassismus äußert sich nicht nur in der Offenlegung einer Gedenk- und Repräsentationskultur (Statuen, Straßennamen) berühmter nationaler Persönlichkeiten, deren rassistische und koloniale Hintergrundgeschichte hervorgehoben wird, sondern auch in dem Versuch, öffentliche Räume als rassistisch strukturiert zu benennen. In verschiedenen Städten führte dies zu einem Umdenken, sodass koloniale Spuren in ihren historischen Kontext eingebettet und benannt oder aber entfernt wurden. In Deutschland hat dieser neuere Aktivismus bereits bestehenden Initiativen zur Umbenennung von Straßen und Plätzen zusätzlichen Nachdruck verliehen. Für die Großdemonstration in Berlin im Juni 2020 konnten außerdem viele Schwarze und PoC-Jugendliche über die sozialen Medien mobilisiert werden und fanden hier eine Plattform, über

die ihre individuellen Diskriminierungserfahrungen sichtbar gebündelt werden konnten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich antirassistische Proteste gerade in den letzten Jahren thematisch von migrantischen Themen wie Asyl, Grenzen und Bewegungsfreiheit hin zu postmigrantischen Themen wie Identität, Teilhabe und Antidiskriminierung gewandelt haben. Obwohl es viele Überschneidungen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Antifa- und Antira-Bewegung gibt, unterscheiden sich die jeweiligen Strategien und Handlungsoptionen teilweise deutlich. Alle drei antirassistischen Protestakteure eint aber, dass sie in ihrer Zusammensetzung diverser geworden sind und an vielen Stellen, insbesondere bei Kampagnen und der Verhinderung rassistischer Aufmärsche enger und zielgerichteter zusammenarbeiten. Gleichzeitig zeigt sich auch, dass es unterschiedlicher Mobilisierungsstrategien durch Peer-Groups mit ihren jeweiligen politischen Schwerpunktsetzungen bedarf, um breiten Protest auf die Straße zu bringen. Die Sichtbarkeit und Repräsentation von Migrant*innen und People of Color im antirassistischen Aktivismus spiegelt so die postmigrantische Realität wider.

Zusammenfassung und Ausblick

Mit diesem Beitrag verfolgten wir das Ziel, Kontinuität und Wandel, Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie spezifische Organisationscharakteristika rassistischer und antirassistischer Protestformen im Horizont ihrer Initial- und Mobilisierungsmomente nachzuzeichnen. In unserem Überblick haben wir uns weitestgehend auf sichtbare Formen von Protesthandeln fokussiert, was jedoch nicht die Bedeutung und Funktion von alltäglichen Formen rassistischen Handelns sowie antirassistischer und antifaschistischer Organisation negieren soll. Ebenso konnte nicht detaillierter auf die veränderte Stellung und Wahrnehmung von Protesten in der Gesellschaft in den drei Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung eingegangen werden. Proteste in den 1990er Jahren, so viel sei zumindest angemerkt, hatten ein weitaus disruptiveres Potenzial, während aktuell oft die Rede von Bewegungsgesellschaften ist, in denen Protest integraler und alltäglicher Bestandteil ist. Zu diesem Eindruck trägt auch eine stärkere Medialisierung von Protest – unter anderem durch soziale Medien – bei. Allerdings erregen rassistische Proteste stets Aufmerksamkeit und bleiben selten unwidersprochen.

In dem Abschnitt zur Heterogenität rassistischer Protestformen haben wir gezeigt, wie unterschiedlich sich rassistische Proteste in der Bundesrepublik seit 1990 ausdrücken: Von neonazistischen Gedenkmärschen über lokale Initiativen gegen Geflüchtetenunterkünfte bis hin zu Kundgebungen gegen »den Islam« oder Zuwanderung. Von organisierten Akteuren, die Hass gegen vermeintlich Fremde schüren bis hin zu rassistischen Nachbarschaftsinitiativen bildeten sich migrationsfeindli-

che Proteste mit ganz unterschiedlichen Motivlagen heraus. Mit dem Aufkommen von PEGIDA 2014/15 und der lautstarken Opposition gegen eine vermeintlich liberale Flüchtlingspolitik verfestigte sich zudem ein rechtspopulistischer Bewegungssektor, der rassistische Parolen unter dem Deckmantel einer bürgerlichen Protestbewegung breitenwirksam vertrat und damit ein hohes Mobilisierungspotenzial aufwies. In diesem Kontext wurde auch deutlich, dass diese Proteste mittlerweile eine starke Online-Dimension haben – von der virtuellen Organisation von Bürgerwehren bis hin zu digitalen Formen des Medienaktivismus und rassistisch motivierter Desinformation im Internet und über soziale Medien.

In dem Abschnitt zu den Paradigmen antirassistischer und antifaschistischer Proteste haben wir uns mit unterschiedlichen Reaktionen auf rassistische Manifestationen auseinandergesetzt. Proteste und Initiativen aus der breiteren Zivilgesellschaft haben wir als zunächst stark anlassbezogen beschrieben, deren Verstetigung durch staatliche Unterstützung angeschoben wurde. Symbolische Aktionen, Blockaden, aber auch militante Aktionen prägen hingegen die antifaschistische Bewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, rassistische Aufmärsche zu sabotieren, zu stören oder zu verhindern und rassistische Strukturen aufzulösen. Die Kampagnen und Aktionen für die Problematisierung von strukturellem und institutionellem Rassismus und gegen konkrete Abschiebepraktiken haben wir im Kontext der Antira-Bewegung thematisiert. Zugleich wurde anhand dieser drei spezifischen Protestakteure deutlich, dass antirassistischer Protest stets von Legitimierungsdebatten begleitet war, die im historischen Rückblick sowohl den Zulauf als auch die Abwanderung und demzufolge die Wirkmächtigkeit der spezifischen Organisationsformen bestimmten. Ein deutlicher Ausdruck davon ist der Versuch der Attraktivitätssteigerung und Anschlussfähigkeit der radikalen Linken in Form von Vernetzungen bei Großbündnissen mit lokalen Initiativen, Kirchen und Parteien. Neue Gruppierungen wie die »Migrantifa« zeigen zudem, dass das kanonisierte Korsett von Protest und Gegenprotest zunehmend zu eng gedacht ist, um das antirassistische Spektrum zu verstehen. Dies liegt zum Teil an einer größeren thematischen Vielfalt sowie daran, dass es sich oft um sehr informelle und teils lose Bündnisse handelt, die einen wesentlichen Aktionsschwerpunkt auf die diskursive Beeinflussung in sozialen Medien legen. Das macht den Zugang zu solchen Gruppierungen für Interessierte einfacher; zugleich erschwert es eine konstante politische Bindung.

Auch wenn eine wesentliche Koordinierung und Informierung online erfolgt, als dezidierte Netzbewegung können diese und andere vorgestellte Gruppierungen nicht verstanden werden; ihr realer politischer Protest zeigt sich immer noch auf der Straße. Dies unterscheidet sie auch von überwiegend online praktizierten Protestformen, die meist mittels Gegenrede oder satirischer Methodik Alltagsrassismus und neonazistische Argumentationsmuster aufdecken und markieren. Hierzu zählen insbesondere Facebook-Gruppen wie »#ichbinhier«, die sich dem Kampf ge-

gen Hass im Netz verschrieben haben. Ebenso setzen sich auf der rassistischen Seite schwächer hierarchisierte Kommunikationsformate durch, die es schwieriger machen, Ansatzpunkte für Interventionen zu identifizieren. Generell profitieren rassistische Akteure von der Vernetzungsleistung sozialer Medien, weil sie nun nicht mehr nur auf eigene Infrastrukturen angewiesen sind, sondern relativ leicht eine breite Masse erreichen können.

Insgesamt zeigt sich, dass antirassistischer Protest in den vergangenen 30 Jahren personell weitaus stärker, insgesamt vielfältiger, gesellschaftlich akzeptierter, wirkmächtiger und sichtbarer geworden ist. In gewisser Hinsicht hat hierzu auch die Eventisierung und Ökonomisierung antirassistischer Protestformen beigetragen. Dies verdeutlicht auch der Trend weg von einer Vielzahl kleiner Demonstrationen hin zu Großevents wie Massendemonstrationen. Stellvertretend hierfür stehen Bündnisse wie »Unteilbar«, das an der Schnittstelle zwischen antirassistischen und antifaschistischen Gruppierungen, lokalen zivilgesellschaftlichen Initiativen und selbstorganisierten Geflüchteten- und Migrant*innenorganisationen operiert. Inwiefern diese konvergierenden Tendenzen jenseits der effektiven Bündelung von Forderungen und der positiven Berichterstattung auch langfristig das Handeln rassistischer Akteure einschränken können, ist eine zentrale Herausforderung des antirassistischen Aktivismus in den 2020er Jahren.

Literatur

- AK Wantok (2014): Antifa Gençlik: Selbstorganisierter migrantischer antifaschistischer Widerstand, Münster: Unrast.
- Attia, Iman/Häusler, Alexander/Shooman, Yasemin (2014): Antimuslimischer Rassismus am rechten Rand, Münster: Unrast.
- Aumüller, Jutta/Daphi, Priska/Biesenkamp, Celine (2016): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen: Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement, Berlin: Bosch Stiftung.
- Balibar, Etienne (2002): »Is There a ›Neo-Racism‹?«, in: Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein (Hg.), Race, nation, class, London: Verso, S. 17–29.
- Bönkost, Jule (2019): Unteilbar. Bündnisse gegen Rassismus, Berlin: Unrast.
- Botsch, Gideon (2017): Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft: Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechtsextremen Umfelds, Wiesbaden: Springer VS.
- Bratić, Ljubomir (2010): Politischer Antirassismus: Selbstorganisation, Historisierung als Strategie und diskursive Interventionen, Wien: Löcker.
- Breljak, Anja/Mühlhoff, Rainer (2019): »Was ist Sozialtheorie der Digitalen Gesellschaft?«, in: Rainer Mühlhoff/Anja Breljak/Jan Slaby (Hg.), Affekt Macht Netz, Bielefeld: transcript Verlag, S. 7–34.

- Bruns, Julian/Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha (2014): Die Identitären: Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, Münster: Unrast.
- Butterwegge, Christoph (1994): »Mordanschläge als Jugendprotest: Neonazis als Protestbewegung?«, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 7.4, S. 35–41, https://doi.org/10.1007/978-3-322-98428-9_5.
- Butterwegge, Christoph (1996): »Der moderne Rechtsextremismus und die Krise des Antifaschismus«, in: Frank Deppe et al. (Hg.), *Antifaschismus*, Heilbronn: Dis-tel, S. 349–358.
- Butterwegge, Christoph/Meier, Lüder (2002): *Rechtsextremismus*, Freiburg i.Br.: Herder.
- Christians, Georg (1990): »Die Reihen fest geschlossen«: Die FAP. Zu Anatomie und Umfeld einer militant-neofaschistischen Partei in den 80er Jahren, Marburg: Verlag Arbeit & Gesellschaft.
- Claus, Robert (2020): *Ihr Kampf. Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert*, Bielefeld: Verlag die Werkstatt.
- Copsey, Nigel (2017): »Von Rom nach Charlottesville. Eine sehr kurze Geschichte des globalen Antifaschismus«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 67.42–43, S. 29–34.
- Correctiv (2020): Kein Filter für Rechts. Wie die rechte Szene Instagram benutzt, um junge Menschen zu rekrutieren, <https://correctiv.org/top-stories/2020/10/06/kein-filter-fuer-rechts-instagram-rechtsextremismus-frauen-der-rechten-szene/vom-07.10.2020>.
- Daphi, Priska (2011): »Soziale Bewegungen und kollektive Identität«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 24.4, <https://doi.org/10.1515/fjsb-2011-0404>.
- della Porta, Donatella (1995): *Social movements, political violence, and the state: A comparative analysis of Italy and Germany*, Cambridge: Cambridge University Press.
- della Porta, Donatella/Diani, Mario (2006): *Social Movements: An Introduction*, Malden, Mass.: Blackwell Publishing.
- Deutschlandstiftung Integration (2010): *Sarrazin: Eine deutsche Debatte*, München: Piper.
- Deycke, Alexander et al. (2021): *Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Dinkelaker, Samia/Huke, Nikolai/Tietje, Olaf (2021): *Nach der »Willkommenskultur«: Geflüchtete zwischen umkämpfter Teilhabe und zivilgesellschaftlicher Solidarität*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Dudek, Peter (1990): »Antifaschismus. Von einer politischen Kampfformel zum erziehungstheoretischen Grundbegriff?«, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 36.3, S. 353–370.
- Eckardt, Frank (2019): *Ungeliebte Nachbarn. Anti-Asyl-Proteste in Thüringen*, Bielefeld: transcript Verlag.

- El-Mafaalani, Aladin (2018): *Das Integrationsparadox: Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*, Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Farin, Klaus/Seidel-Pielen, Eberhard (1991): *Krieg in den Städten*, Berlin: Rotbuch Verlag.
- Fielitz, Maik/Kahl, Martin (2021): »Zwischen Tastatur und Straße: Post-digitale Strategien und Praktiken des identitären Rechtsextremismus und Islamismus im Vergleich«, in: Ursula Birsl et al. (Hg.), *Inszenieren und Mobilisieren: Rechte und islamistische Akteure digital und analog*, Leverkusen: Verlag Barbara Budrich.
- Fielitz, Maik/Staemmler, Daniel (2020): »Hashtags, Tweets, Protest? Varianten des digitalen Aktivismus«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33.2, S. 124–135.
- Fielitz, Maik/Thurston, Nick (Hg.) (2019): *Post-digital cultures of the far right: Online actions and offline consequences in Europe and the US*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Foltin, Robert (2016): *Post-Autonomie: Von der Organisationskritik zu neuen Organisationsformen?*, Münster: Unrast.
- Foroutan, Naika (2019): *Die postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen der pluralen Demokratie*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Frieße, Heidrun/Nolden, Marcus/Schreiter, Miriam (Hg.) (2019): *Rassismus im Alltag. Theoretische und empirische Perspektiven nach Chemnitz*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Funke, Hajo (2016): *Von Wutbürgern und Brandstiftern: AfD – Pegida – Gewaltnetze*, Berlin: vbb.
- Gauditz, Leslie (2017): »The Noborder Movement: Interpersonal Struggle with Political Ideals«, in: *Social Inclusion* 5.3, S. 49–57, <https://doi.org/10.17645/si.v5i3.968>.
- Gensing, Patrick (2016): *Rechte Hetze im Netz – eine unterschätzte Gefahr*, Reinbek: Rowohlt.
- Geronimo (1997): *Glut & Asche: Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung*, Münster: Unrast.
- Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (2004): *Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Giugni, Marco et al. (2005): »Institutional and Discursive Opportunities for Extreme-Right Mobilization in Five Countries«, in: *Mobilization* 10.1, S. 145–162.
- Glasiu, Marlies (2010): »Uncivil Societies«, in: Helmut K. Anheier (Hg.), *International encyclopedia of civil society*, New York: Springer, S. 1583–1588.
- Golova, Tatiana (2011): *Räume kollektiver Identität: Raumproduktion in der »linken Szene« in Berlin*, Bielefeld: transcript Verlag.

- Gomolla, Mechthild/Kollender, Ellen/Menk, Marlene (2018): *Rassismus und Rechts-extremismus in Deutschland: Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen*, Weinheim: Beltz Juventa.
- Grande, Brigitte/Grande, Edgar/Hahn, Udo (2021): *Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland: Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Grauacke, A. G. (2020): *Autonome in Bewegung*, Berlin/Hamburg: Assoziation A.
- Ha, Kien Nghi/al-Samarai, Nicola/Mysoekar, Sheila (2016): *re/visionen: Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland*, Münster: Unrast.
- Hamann, Ulrike/Karakayalı, Serhat (2016): »Practicing Willkommenskultur: Migration and Solidarity in Germany«, in: *Intersections* 2.4, <https://doi.org/10.17356/ieejsp.v2i4.296>.
- Haunss, Sebastian (2004): *Identität in Bewegung: Prozesse Kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Häusler, Alexander (2008): *Rechtspopulismus als »Bürgerbewegung«: Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Häusler, Alexander (2017): »AfD, Pegida & Co. Die Formierung einer muslimfeindlichen rechten Bewegung«, in: Peter Antes/Rauf Ceylan (Hg.), *Muslime in Deutschland*, Wiesbaden: Springer VS, S. 59–74.
- Heitmeyer, Wilhelm (2011): *Deutsche Zustände: Folge 10*, Berlin: Suhrkamp.
- Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (2010): *Grenzregime: Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin: Assoziation A.
- Hess, Sabine/Linder, Andreas (1997): *Antirassistische Identitäten in Bewegung*, Tübingen: Edition Diskord.
- Hinger, Sophie/Daphi, Priska/Stern, Verena (2020): »Divided Reactions: Pro- and Anti-Migrant Mobilization in Germany«, in: Andrea Rea et al. (Hg.), *The Refugee Reception Crisis in Europe*, Brüssel: Éditions de l'Université de Bruxelles, S. 55–74.
- Hohage, Christoph (2013): *Moschee-Konflikte: Wie überzeugungsbasierte Koalitionen lokale Integrationspolitik bestimmen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Huiskens, Freerk (2001): *Brandstifter als Feuerwehr: Die Rechtsextremismus-Kampagne*, Hamburg: VSA, <http://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2014/36046/>.
- Hunger, Uwe (2005): »Ausländervereine in Deutschland – Eine Gesamterfassung auf der Basis des Bundesausländervereinsregisters«, in: Uwe Hunger, SelbstHilfe: wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg i. Br.: Lambertus.

- Interface (Hg.) (2005): *WiderstandsBewegungen: Antirassismus zwischen Alltag & Aktion*, Berlin: Assoziation A.
- Jäckle, Sebastian/König, Pascal D. (2017): »The dark side of the German ›welcome culture‹: investigating the causes behind attacks on refugees in 2015«, in: *West European Politics* 40.2, S. 223–251, <https://doi.org/10.1080/01402382.2016.1215614>.
- Jakob, Christian (2016): *Die Bleibenden: Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern*, Berlin: Ch. Links.
- Jänicke, Christin/Paul-Siewert, Benjamin (Hg.) (2017): *30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Jaschke, Hans-Gerd (1994): *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriffe, Positionen, Praxisfelder*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Karapin, Roger (2007): *Protest politics in Germany: Movements on the Left and Right since the 1960s*, University Park, Pa.: Pennsylvania State University Press.
- Keller, Mirja et al. (2018): *Antifa: Geschichte und Organisation*, Stuttgart: Schmetterling.
- Kemper, Andreas (2014): *Sarrazins Correctness: Ideologie und Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen*, Münster: Unrast.
- Klärner, Andreas (2008): *Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.) (2006): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (2021): *Fehlender Mindestabstand: Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde*, Freiburg i. Br.: Herder.
- Kleger, Heinz (1996): »Bürgerbewegung gegen Fremdenhaß: Von den Lichterketten zum Kirchenasyl«, in: *Berliner Debatte* Initial 1, S. 55–72.
- Kleger, Heinz (2006): *Toleranz und »Tolerantes Brandenburg«*, Münster: Lit-Verlag.
- Kökgiran, Gürcan/Nottbohm, Kristina (2013): »Semiologische Guerilla von rechts? Diskursive Aneignungs- und Umdeutungsstrategien der Identitären Bewegung Deutschland«, in: Gudrun Hentges et al. (Hg.), *Sprache – Macht – Rassismus*, Berlin: Metropolis, S. 327–348.
- Koopmans, Ruud/Olzak, Susan (2004): »Discursive Opportunities and the Evolution of Right-Wing Violence in Germany«, in: *American Journal of Sociology* 110.1, S. 198–230, <https://doi.org/10.1086/386271>.
- Koopmans, Ruud/Rucht, Dieter (1996): »Rechtsradikalismus als soziale Bewegung?«, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hg.), *Rechtsextremismus: Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 265–287.

- Kopecký, Petr (2003): »Civil society, uncivil society and contentious politics in post-communist Europe«, in: Petr Kopecký/Cas Mudde (Hg.), *Uncivil society. Contentious politics in post-communist Europe*, London: Routledge, S. 1–17.
- Köttig, Michaela/Sigl, Johanna (2020): »Racist mobilisation and sexualisation in the ›refugee debate‹ in Germany«, in: *Journal of Sociology* 56.1, S. 69–83, <https://doi.org/10.1177/1440783319882538>.
- Krafeld, Franz J. (1995): »Antifa und ihr Kampf gegen Rechtsextremismus. Gedanken zu einer umstrittenen Rolle«, in: Konrad Schacht (Hg.), *Hilflos gegen Rechtsextremismus?*, Köln: Bund-Verlag, S. 383–398.
- Lang, Juliane/Fobian, Clemens (2019): »Zum Schutz von Frauen, Kindern und Vaterland – Ein Blick auf aktuelle rechte Mobilisierungen«, in: *Kindesmisshandlung und -vernachlässigung* 22.1, S. 56–69, <https://doi.org/10.13109/kind.2019.22.1.56>.
- Langer, Bernd (2018): *Antifaschistische Aktion: Geschichte einer linksradikalen Bewegung*, Münster: Unrast.
- Lau, Thomas (1993): »Deutschland im Winter. Anmerkungen zu Bomberjacketts und Lichterketten«, in: *Störfaktor* 3.24, S. 21–35.
- Lüdemann, Christian (1995): »Fremdenfeindliche Gewalt und Lichterketten«, in: Gerda Lederer/Peter Schmidt (Hg.), *Autoritarismus und Gesellschaft*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 355–381.
- Marcks, Holger/Pawelz, Janina (2022): »From Myths of Victimhood to Fantasies of Violence: How Far-Right Narratives of Imperilment Work«, in: *Terrorism and Political Violence* 34.7, S. 1415–1432, <https://doi.org/10.1080/09546553.2020.1788544>.
- Marzouki, Nadia/McDonnell, Duncan (2016): »Populism and Religion«, in: Nadia Marzouki/Duncan McDonnell/Olivier Roy (Hg.), *Saving the people*, London: Hurst & Company, S. 1–11.
- Migranten(dach)organisationen in Deutschland (2012): *Migranten(dach)organisationen in Deutschland*, Berlin.
- Miles, Robert (1991): *Rassismus: Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs*, Hamburg: Argument.
- Miller-Idriss, Cynthia (2018): *The Extreme Gone Mainstream: Commercialization and Far Right Youth Culture in Germany*, Princeton, NJ: Princeton University Press, <https://doi.org/10.2307/j.ctvc777md>.
- Milman, Noa et al. (2021): »Black Lives Matter in Europe. Transnational Diffusion, Local Translation and Resonance of Anti-Racist Protest in Germany, Italy, Denmark and Poland«, *DeZIM Research Notes* 06/21, [https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/black-lives-matter-in-europe-fa-5265/\(letzter Zugriff: 21.11.2022\)](https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/black-lives-matter-in-europe-fa-5265/(letzter%20Zugriff:2022.11.21)).
- Monforte, Pierre (2014): *Europeanizing contention: The protest against ›fortress Europe‹ in France and Germany*, New York: Berghahn.

- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Odugbesan, Abimbola/Schwartz, Helge (2018): »We Are Here to Stay« – Refugee Struggles in Germany Between Unity and Division«, in: Sieglinde Rosenberger/Verena Stern/Nina Merhaut (Hg.), *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham: Springer International Publishing, S. 185–203.
- Omwenyeke, Sunny (2005): »The Residenzpflicht: Geschichte und aktuelle Auswirkungen«, in: Interface (Hg.), *WiderstandsBewegungen*, Berlin: Assoziation A, S. 113–121.
- Pfahl-Traugher, Armin (2019): *Die AfD und der Rechtsextremismus: Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive*, Wiesbaden: Springer VS.
- Pflicke, Tom (2021): »Mainzer Straße 1990 – autonomer Aktionsraum im Kontext von Ost-Berliner HausbesetzerInnenbewegung und linken (Selbst-)Verständigungsdifferenzen«, in: Alexander Deycke (Hg.), *Von der KPD zu den Post-Autonom: Orientierungen im Feld der radikalen Linken*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 177–202.
- Projektgruppe (1994): *Antifa: Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis*, Berlin: ID-Archiv.
- Quent, Matthias (2016): *Bürgerwehren: Hilfssheriffs oder inszenierte Provokation*, Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Quent, Matthias/Schulz, Peter (2015): *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-07370-1>.
- Reißmann, Wolfgang/Hartung-Griemberg, Anja (2019): »Alt sein heißt nicht stumm sein« – Die zivilgesellschaftliche Initiative Omas gegen Rechts«, in: Medien und Altern 14, S. 57–88.
- Rohde, Renate (2018): *Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus*, Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Rommelspacher, Birgit (1998): *Dominanzkultur: Texte zu Fremdheit und Macht*, Berlin: Orlanda.
- Rone, Julia (2022): »Far right alternative news media as »indignation mobilization mechanisms«: how the far right opposed the Global Compact for Migration«, in: *Information, Communication & Society* 25.9, S. 1333–1350, <https://doi.org/10.1080/1369118X.2020.1864001>.
- Rucht, Dieter (2002): »Rechtsradikalismus aus Perspektive der Bewegungsforschung«, in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hg.), *Handbuch Rechtsradikalismus*, Opladen: Leske + Budrich, S. 77–86.
- Rucht, Dieter (2018): »Mobilization Against Refugees and Asylum Seekers in Germany: A Social Movement Perspective«, in: Sieglinde Rosenberger/Verena Stern/Nina Merhaut (Hg.), *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham: Springer International Publishing, S. 225–245.

- Rucht, Dieter/Neidhardt, Friedhelm (2001): »Kollektive Aktion und soziale Bewegungen«, in: Hans Joas (Hg.), *Lehrbuch der Soziologie*, Frankfurt a. M.: Campus, S. 533–556.
- Salzborn, Samuel (2018): *Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*, Baden-Baden: Nomos.
- Salzer, Monika (2019): *Omas gegen rechts – Warum wir für die Zukunft unserer Enkel kämpfen* (Ungekürzte Lesung), Berlin: Argon.
- Schafft, Gretchen Engle (2004): *From racism to genocide: Anthropology in the Third Reich*, Urbana/Chicago: University of Illinois Press.
- Schedler, Jan (2016): »Die extreme Rechte als soziale Bewegung«, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.), *Handbuch Rechtsextremismus*, Wiesbaden: Springer VS.
- Schedler, Jan/Häusler, Alexander (2011): *Autonome Nationalisten: Neonazismus in Bewegung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schellenberg, Britta/Becher, Martin (2015): *Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus: Herausforderungen und Gelingensfaktoren in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Schiffauer, Werner/Eilert, Anne/Rudloff, Marlene (Hg.) (2017): *So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch: 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Schlembach, Raphael (2013): »The ›Autonomous Nationalists‹: New Developments and Contradictions in the German neo-Nazi Movement«, in: *Interface* 5.2, S. 295–318.
- Schöppner, Horst (2015): *Antifa heißt Angriff: Militanter Antifaschismus in den 80er Jahren*, Hamburg: Unrast.
- Schuhmacher, Nils (2013): »Sich wehren, etwas machen – Antifa-Gruppen und -Szenen als Einstiegs- und Lernfeld im Prozess der Politisierung«, in: René Schultens/Michaela Glaser (Hg.), »Linke« Militanz im Jugendalter, Halle (Saale): Deutsches Jugendinstitut, S. 47–70.
- Schuhmacher, Nils (2014): »Nicht nichts machen«? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa, Duisburg: Salon Alter Hammer.
- Schuhmacher, Nils (2017): »Küsst die Faschisten«, in: *APuZ* 67.42–43, S. 35–41.
- Shooman, Yasemin (2014): »... weil ihre Kultur so ist«: Narrative des antimuslimischen Rassismus, Bielefeld: transcript Verlag.
- Sieber, Roland (2016): »Von ›Unsterblichen‹ und ›Identitären‹ – Mediale Inszenierung und Selbstinszenierung der extrem Rechten«, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*, Wiesbaden: Springer VS, S. 365–375.
- Spangenberg, Anna/Kleffner, Heike (2016): *Generation Hoyerswerda: Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg*, Berlin: be.bra.

- Späth, Jens (2019): »Antifaschismus. Begriff, Geschichte und Forschungsfeld in westeuropäischer Perspektive«, in: docupedia vom 05.02.2019, <https://doi.org/10.14765/ZZF.DOK-1323>.
- Speit, Andreas (Hg.) (2018): Das Netzwerk der Identitären: Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Tarrow, Sidney G. (2011): Power in movement: Social movements and contentious politics, Cambridge: Cambridge University Press.
- Teune, Simon (2008): »Rechtsradikale Zivilgesellschaft – contradictio in adjecto?«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen – Plus 21.4, S. 17–22.
- Törnberg, Anton/Wahlström, Mattias (2017): »Unveiling the Radical Right Online: Exploring framing and identity in an online anti-immigrant discussion group«, in: Sociologisk Forskning 55.2-3, S. 267–292.
- Virchow, Fabian (2007a): »Capturing the Streets: Marches as a Political Instrument of the Extreme Right in Germany«, in: Matthias Reiss (Hg.), The Street as Stage, Oxford: Oxford University Press, S. 295–310.
- Virchow, Fabian (2007b): »Performance, Emotion, and Ideology: On the Creation of ›Collectives of Emotion‹ and Worldview in the Contemporary German Far Right«, in: Journal of Contemporary Ethnography 36.2, S. 147–164, <https://doi.org/10.1177/0891241606298822>.
- Virchow, Fabian (2011): »Die ›Demonstrationspolitik‹ der extremen Rechten im Bundesgebiet und im Land Brandenburg«, in: Christoph Kopke (Hg.), Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven, Potsdam: Universitätsverlag Potsdam, S. 109–128.
- Virchow, Fabian (2016): »PEGIDA: Understanding the Emergence and Essence of Nativist Protest in Dresden«, in: Journal of Intercultural Studies 37.6, S. 541–555, <https://doi.org/10.1080/07256868.2016.1235026>.
- Virchow, Fabian (2017): »Post-Fascist Right-Wing Social Movements«, in: Stefan Berger/Holger Nehring (Hg.), The history of social movements in global perspective, London: Palgrave Macmillan, S. 619–646.
- Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (2016): Handbuch Rechts-extremismus, Wiesbaden: Springer VS.
- Volk, Sabine (2020): »›Wir sind das Volk!‹ Representative Claim-Making and Populist Style in the PEGIDA Movement's Discourse«, in: German Politics 29.4, S. 599–616, <https://doi.org/10.1080/09644008.2020.1742325>.
- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2016): PEGIDA, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Vüllers, Johannes/Hellmeier, Sebastian (2021): »Does counter-mobilization contain right-wing populist movements? Evidence from Germany«, in: European Journal of Political Research(n/a), <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12439>.

- Wa Baile, Mohamed et al. (Hg.) (2019): *Racial Profiling: Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Walter, Franz/Geiges, Lars/Marg, Stine (2015): *Pegida: Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?*, Bielefeld: transcript Verlag, www.content-select.com/index.php?id=bib_view&ean=9783839431924.
- Walters, William (2002): »Deportation, Expulsion, and the International Police of Aliens«, in: *Citizenship Studies* 6.3, S. 265–292, <https://doi.org/10.1080/1362102022000011612>.
- Weiß, Anja (2013): »Antirassistische symbolische Kämpfe und ihre kurzfristigen Effekte«, in: *Rassismus wider Willen*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 123–180.
- Weißkircher, Manès/Berntzen Lars E. (2019): »Remaining in the Streets: Anti-Islamic PEGIDA mobilization and its relationship to far-right party politics«, in: Manuela Caiani/Ondřej Císarř (Hg.), *Radical right movement parties in Europe*, Abingdon: Routledge, S. 114–130.
- Wichmann, Fabian/Lamberty Pia (2015): »Nein zum Heim? Flucht und Asyl als Thema der extremen Rechten im Landkreis Dahme-Spreewald«, in: *Journal Exit-Deutschland* 1, S. 127–149.
- Wilcke, Holger/Lambert; Laura (2015): »Die Politik des O-Platzes«, in: *Movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1.2, S. 1–23.
- Zajak, Sabrina/Sommer, Moritz/Steinhilper, Elias (2021): »Black Lives Matter in Europa – Antirassistischer Protest in Deutschland, Italien, Dänemark und Polen im Vergleich«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34.2, S. 319–325, <https://doi.org/10.1515/fjsb-2021-0028>.
- Zajak, Sabrina/Stjepandić, Katarina/Steinhilper, Elias (2021): »Pro-migrant protest in times of COVID-19: intersectional boundary spanning and hybrid protest practices«, in: *European Societies* 23.1, S. 172–183, <https://doi.org/10.1080/14616696.2020.1821076>.
- Zick, Andreas/Kpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*, Berlin: Dietz.
- Zúquete, José Pedro (2008): »The European extreme-right and Islam: New directions?«, in: *Journal of Political Ideologies* 13.3, S. 321–344, <https://doi.org/10.1080/13569310802377019>.
- Zúquete, José Pedro (2018): *The Identitarians: The movement against globalism and Islam in Europe*, Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press.